



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG
SOZIALPOLITIK
PRÄSIDENTENWAHL

■ ANALYSE		■ DOKUMENTATION	
Kurz- und mittelfristige Wirtschaftsperspektiven in Russland	2	Erste Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Ergebnissen der Langzeitbeobachtung der lokalen Wahlen sowie der Präsidentschaftswahlen, 4. März 2012	21
Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien		Druck auf GOLOS	23
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		■ UMFRAGE	
Verschuldung der russischen Volkswirtschaft	5	Auf dem Weg zu den Präsidentschaftswahlen	23
■ STATISTIK		Erwartungen an den Präsidenten	25
Aktuelle Wirtschaftsdaten	8	Der ideale Herrscher für Russland – gestern und heute	26
■ ANALYSE		■ CHRONIK	
Deutsche Unternehmen in Russland florieren		Vom 9. bis zum 23. Februar 2012	27
Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Auslandshandelskammer	11	■ LESETIPP	
Von Eduard Kinsbruner, Berlin		Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 1/2012	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		»Davonschwimmende Felle. Autokratie und Aufbruch in Russland«	29
Ausgewählte Ergebnisse der Geschäftsklima-Umfrage	13		
■ ANALYSE			
Sozialpolitik in der Krise	15		
Von Jakob Fruchtman, Bremen			
■ GRAFIKEN ZUM TEXT			
Wohlstandsniveau und Sozialpolitik in Russland	19		



Kurz- und mittelfristige Wirtschaftsperspektiven in Russland

Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

Zusammenfassung

Viele Wirtschaftsindikatoren in Russland werden 2012 und 2013 unter den Niveaus der Vorkrisenzeit bleiben. Zuviel der vergangenen Wirtschaftsdynamik basierte auf einer steigenden Verschuldung im privaten Sektor sowie fortwährend steigenden Rohstoffpreisen. Zudem ist der russische Staatshaushalt von einem erheblichen strukturellen Konsolidierungsbedarf gekennzeichnet. Insgesamt ist damit auch das Wirtschaftsmodell der Vorkrisenzeit, bzw. die expansive Fiskalpolitik der letzten Jahre gefährdet. In der Wirtschaftspolitik stehen unangenehme Richtungsentscheidungen mit sozial- und gesellschaftspolitischen Implikationen an.

Wachstum und Inflation

Das BIP-Wachstum und weitere Wirtschaftsindikatoren werden in Russland 2012 und 2013 unter den Zuwachsraten des letzten Konjunkturzyklus liegen. Optimistisch geschätzt ist 2012 ein BIP-Wachstum von 3,2% möglich, 2013 von 4%. Beide Prognosen basieren allerdings auf der Annahme, dass die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten weitgehend stabil bleiben. Ein BIP-Zuwachs unter 3,2% wird in 2012 durch eine weiterhin expansive Fiskalpolitik und Konjunkturstimulierung staatsnaher Banken abgewendet werden. Die Sberbank will ihre Kreditvergabe 2012 um 25% erhöhen. Für den Gesamtmarkt allerdings erscheint in den nächsten ein bis zwei Jahren eher ein Kreditwachstum von 10–15% möglich.

Der verhaltene Wirtschaftsausblick hat viele interdependente Ursachen. Erstens ist eine merkliche Abschwächung der heimische Wirtschaftsdynamik (etwa Konsum und Investitionen) in Russland im Vergleich zu der Vorkrisenzeit zu verzeichnen. Ein zu großer Teil der Dynamik im privaten Sektor basierte auf steigender Verschuldung (Auslandsverschuldung und Kreditfinanzierung) bzw. überoptimistischen Zukunftserwartungen. Der private Sektor hatte sich an fortwährend steigende Rohstoffpreise und rapide steigende Löhne und Unternehmensgewinne gewöhnt. Zweitens ist die Fiskalpolitik strukturell immer ineffizienter geworden, da sich der Staat genauso an schnell steigende Rohstoffpreise gewöhnt hatte. Drittens ist Russland – für seine Größe – eine relativ offene Volkswirtschaft. Das gilt vor allem in Bezug auf die Realwirtschaft und die Kapitalströme. Ferner ist der Export wenig differenziert nach Regionen und Produkten. Russland ist stark von Rohstoffexporten und der EU als Handelspartner abhängig. Insofern trifft die, sich im ersten Halbjahr 2012 abzeichnende Rezession in Westeuropa auch Russland.

Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik ist in den letzten Jahren und vor allem seit dem Abschwung von 2008/09 merklich ineffizienter geworden. Der Budgetsaldo ohne Einrechnung des

Energiesektors hat sich kontinuierlich verschlechtert. Er fiel von -3% des BIP im Jahr 2000 auf fast -8% in den Jahren 2007 und 2008. In den Folgejahren haben sich die Werte nochmals auf -10 bis -12% verschlechtert (mit einer Spitze von -15% 2009). Dieser Trend zeigt auch, dass die Vorkrisen-Fiskalpolitik zu pro-zyklisch war. Sie hätte bei BIP-Zuwachsraten um 7–8% stärker bremsen bzw. einen größeren Puffer aufbauen müssen, um heute noch einen Spielraum zu haben. Noch gravierender ist, dass die Fiskalpolitik 2008/09 dann deutlich antizyklisch agiert hat. Zudem war der fiskalische Stimulus in Russland nicht temporär (wie etwa bei Abwrackprämie oder Kurzarbeit in Deutschland), sondern dauerhafter Natur (z. B. Erhöhung von Sozialtransfers). Trotz lockerer Fiskalpolitik bleiben die gesamtwirtschaftlichen Wachstums- oder Einkommenseffekte aber bescheiden. Wäre der fiskalische Multiplikatoreffekt der Vorkrisenzeit nachhaltig haltbar gewesen, dann müsste unter Berücksichtigung des aktuellen Defizits das BIP-Wachstum um 5–6% liegen.

Die aktuelle Fiskalpolitik birgt innenpolitische und außenwirtschaftliche Sprengkraft. Der Staat hat im Zuge der Krise und der expansiven Haushaltspolitik seine fiskalischen Reserven halbiert und trotz hoher Rohstoffpreise nicht wieder auf das Niveau von vor der Wirtschaftskrise auffüllen können. Die geringe Reserveakkumulation hat auch damit zu tun, dass der Staat viel Liquidität im Bankensystem bzw. bei der Notenbank belässt. Im Januar 2012 wurden etwa 35 Milliarden US Dollar in den Reservefonds eingebucht, was ein geringer Anstieg für 2011 angesichts der hohen Rohstoffnotierungen darstellt (die Fiskalreserven stehen damit aktuell bei etwa 9% des BIP vs. 14% zum Höhepunkt 2008). Der geringere Spielraum wird allerdings auch daran deutlich, dass eine zukünftige Erhöhungen der fiskalischen Reservefonds durch Schulden finanziert werden soll. Zudem ist der erforderliche Ölpreis um das Staatsbudget auszugleichen ist beständig gestiegen. Der erforderliche Ölpreis, um das Staatsbudget auszugleichen, ist beständig gestiegen. Damit ist die fiskalische Stärke Russlands, die Auslandsinvestoren schätzen,

dahin. Gleichzeitig sind die Resultate der Fiskalpolitik für die Bürger im Land enttäuschend, da unter Beibehaltung der aktuellen fiskalpolitischen Ausrichtung bis 2015 nicht mit Budgetüberschüssen zu rechnen sein wird. Der zur Stabilisierung der Staatsschuld erforderliche Primärsaldo liegt in Russland bei -0,5 % des BIP. Der aktuelle Primärsaldo liegt bei -1,5 % und wird in den kommenden Jahren eher gegen -3 % des BIP tendieren. Somit wird die Staatsschuld Russlands Richtung 15–17 % des BIP gehen (derzeit 10 %). Mittelfristig wird das Budgetdefizit ohne Einrechnung des Energiesektors sich von 10 % des BIP wieder in den Bereich von maximal 4–5 % des BIP bewegen müssen. Im Vergleich zu fast allen großen, aufstrebenden Ländern, ist und bleibt das Niveau der Staatsschulden in Russland dennoch niedrig. Solange Russland allerdings keine effizientere Fiskal- und Wirtschaftspolitik betreibt, werden Investoren zögerlich sein, dem russischen Staat Finanzierungen zu ähnlich attraktiven Konditionen wie anderen aufstrebenden Ländern zur Verfügung zu stellen. Optimistisch formuliert: Russland hätte Spielraum, eine glaubwürdige und wachstumsfördernde Wirtschafts- und Reformpolitik über eine (temporäre) Erhöhung seiner Staatsschuld zu finanzieren.

Wechselkurs und Kapitalflüsse

Angesichts der schwächeren globalen Wirtschaftsdynamik wird der Überschuss in der Leistungsbilanz Russlands 2012 und 2013 sinken. Die Importe werden, von der Binnennachfrage getrieben, ansteigen, während der Exportzuwachs mengenmäßig und auch preisseitig begrenzt sein wird. Gleichzeitig sind die Zahlungen zur Bedienung von Auslandsschulden in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Da Zinszahlungen in der Leistungsbilanz vermerkt werden, üben sie nun einen senkenden Effekt auf deren Saldo aus. Hierdurch wird die Fortsetzung der Reserveakkumulation der Notenbank erschwert und künftig geringer ausfallen. Der russische Rubel wird in Zukunft eher unter Abwertungsdruck stehen. Im Unterschied zu der Zeit vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 verfolgt die Notenbank Russlands in den letzten beiden Jahren eine deutlich flexiblere Wechselkurspolitik und wird sich einer Rubelabwertung auch weniger entgegenstellen. Die Feuertaufe für diesen neuen Ansatz hat die Notenbank im Herbst 2011 bestanden, als sie in kurzer Zeit eine Abwertung von mehr als 10 % zuließ.

Auch Dank geringer ausfallender Stützungskäufe für den Rubel haben die Devisenreserven der Notenbank das Vorkrisenniveau – absolut und in Relation zum BIP – wieder erreicht. Insbesondere unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Risiken Russlands, wozu vor allem die hohe makroökonomische Volati-

lität und die offene Ökonomie zählen, ist die Reserposition zwar komfortabel aber nicht exzessiv. Risiken ergeben sich etwa in Bezug auf das Verhältnis der Reserven zur Außenverschuldung oder dem breiten Geldmengenaggregat.

Gerade die hohe Volatilität der Kapitalströme, gebucht in der Kapitalbilanz, ist ein Merkmal der letzten Jahre. Russland blickt auf eine Phase massiver privater Kapitalzuflüsse (Investitionen und Kredite in den Banken- und Unternehmenssektor) in den Jahren von 2005 bis 2008 zurück, welche v.a. nach der Abschaffung von Kapitalverkehrsbeschränkungen 2006 einen Schub erhielten. In den Boomjahren stand Russland für 50–70 % der internationalen Anleihenplatzierungen unter den BRIC-Ländern. Der Zustrom an ausländischem Kapital brach im Zuge der Finanzkrise massiv ein und kehrte seitdem nicht mehr auf das (übertriebene) Niveau der Vorkrisenzeit zurück. Die Nachfrage nach Fremdwährung seitens des privaten Sektors ist nach der Krise aber nur unterproportional gesunken. Die Devisen werden für Auslandsinvestitionen, die Erhöhung von, in Fremdwährung denominierten Vermögensansprüchen, oder eben die Rückzahlung von Verbindlichkeiten verwendet. Dies wird als privater Kapitalabfluss oder Kapitalexport bezeichnet und in der inländischen Diskussion in Russland oft mit einer »Kapitalflucht« assoziiert.

Ein Umfeld der Rubelabwertung, einhergehend mit Debatten über die strukturelle Fiskalposition und Kapitalabflüsse, wird für internationale Kapitalmarktfinanzierungen mit Russlandbezug nicht förderlich sein. Russland musste schon in den letzten Monaten eine deutliche Ausweitung seiner Länderrisikoprämie hinnehmen. Allerdings ist Russland unter den großen aufstrebenden Ländern durch eine hohe Abhängigkeit von internationalen Finanzierungen (v.a. im privaten Sektor) mit relativ hohen durchschnittlichen Volumina, geprägt.

Angesichts der hohen Abhängigkeit von internationaler Kapitalmarktfinanzierung wird nochmals ein russisches Paradoxon deutlich. Einerseits nimmt Russland viel Kapital auf andererseits exportiert es selbst viel Kapital. Zunächst einmal ist der Export von Kapital für ein Leistungsbilanzüberschussland nicht überraschend. Bei Nichteinmischung der Zentralbank muss dieser saldentisch sogar exakt der Höhe des Leistungsbilanzüberschuss entsprechen. Auch das Leistungsbilanzüberschussland Deutschland exportiert kontinuierlich viel Kapital. Allerdings exportiert Russland viel Kapital in Destinationen, die nicht unbedingt für eine nachhaltige Investitionspolitik stehen und nicht zu den Top-Handelspartnern gehören. In Deutschland repräsentieren die Top-15 Handelspartner 72 % der Exporte und 74 % des Bestands an Ausländischen Direktinvestitionen (ADI); in Russland liegt die entsprechende Relation

bei 71 % zu 25 %. Die ausfließenden ADI-Russlands gehen vor allem in Destinationen wie die Britischen Jungferninseln (11 %), andere Karibikinseln (etwa 6 %) oder Zypern (etwa 40 %). In Deutschland machen solche Destinationen weniger als 1 % des ADI-Bestands aus.

Einschränkend muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Analyse der Kapitalströme von und nach Russland durch eine verbreitete Registrierung von Firmen und Zweckgesellschaften außerhalb Russlands, wie etwa in Zypern, erschwert wird. Transaktionen dieser Gesellschaften werden in der Zahlungsbilanz als Transaktionen mit dem Ausland erfasst, obwohl sie ökonomisch (inländische) unternehmensinterne Zahlungsströme sind. Dadurch sind die Investitions- und Kreditströme in der Zahlungsbilanz nach oben hin verzerrt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass unternehmensinterne Finanzierungen über Destinationen wie Zypern oder die Karibikinseln ein erhebliches Misstrauen gegenüber dem Rechts- und Wirtschaftsraum Russland ausdrücken.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Leistungsbilanzüberschüsse zunehmend nicht mehr den (öffentlichen) Währungsreserven zugeführt werden, sondern in die Erhöhung (privater) Nettoforderungen an das Ausland fließen. Gleichwohl spiegeln sich in den angestiegenen privaten Nettokapitalexporten der letzten drei Jahre die Lehren aus der scharfen Rezession 2009 wider. Bei ausländischen Unternehmen und Investoren zeigt sich eine erhöhte Skepsis gegenüber dem Wirtschafts- und Investitionsstandort Russland, während auf russischer Seite ein stärkeres Verlangen nach Risikodiversifikation durch internationale Streuung der Vermögensanlagen erkennbar ist.

Bankensektor

Im Bankensektor herrscht in Russland eine im Vergleich zu vielen anderen osteuropäischen Ländern spezifische Konstellation vor. Staatsnahe Banken dominieren mit 75 % der Aktiva. Andere große aufstrebende Länder wie China, Brasilien oder Indien behalten sich ebenfalls eine starke Rolle heimischer staatsnaher Banken vor, die Teil einer Industrialisierungs- und Entwicklungsstrategie sind. Die Rolle staatsnaher Banken in Russland ist dennoch nicht unkritisch zu sehen. Im schwachen institutionellen Umfeld Russlands sind staatsnahe Banken anfällig, um zur Finanzierung politischer Projekte bzw. »befreundeter Interessen« instrumentalisiert zu werden. Hier können – wie der Fall der »Bank of Moscow« zeigte – erhebliche Risiken akkumuliert werden.

Die Bruttokosten einer systemischen Bankenstützung können im Extremfall 25–50 % des BIP eines Landes erfordern. Sie werden meist zum Krisenzeitpunkt (direkt oder als Eventualverbindlichkeit) fällig und gleich

mit der staatlichen Reserveposition beglichen. Solche Kosten würde die Fiskal- bzw. Reserveposition Russlands erheblich belasten. Das Auffangen der »Bank of Moscow« erforderte damals ungefähr 14 Milliarden US-Dollar. Eine Stützung der großen staatlich dominierten Banken VTB oder Sberbank in ähnlicher Dimension würde Summen im Rahmen von 75–150 Milliarden US-Dollar benötigen; die Devisenreserven Russland liegen aktuell bei etwa 500 Milliarden US-Dollar, die fiskalischen Reserven bei etwa 110 Milliarden Dollar.

WTO

Derzeit herrscht viel Optimismus in Bezug auf den WTO-Beitritt Russlands. Die kurz- bis mittelfristigen Effekte sollten aber nicht überschätzt werden. Kurzfristig können die Auswirkungen für Russland sogar leicht negativ sein. Das gilt vor allem, wenn es Russland nicht gelingt den WTO-Eintritt mit einer Verbesserung des Investorenklimas zu verbinden, nachdem sich den letzten Jahren das Investorenklima in Russland eher verschlechtert hat. Zudem muss sich Russland im handelspolitischen Rahmen der WTO – mit seinen Streitschlichtungsmechanismen – bewähren. Ad-hoc Zollerhöhungen und willkürliche Handelsbeschränkungen sind nicht mehr möglich; wenn dann muss auf subtile nicht-tariffäre Handelshemmnisse zurückgegriffen werden.

Zudem will der wichtigste Handelspartner Russlands, die EU, gleich nach dem WTO-Beitritt ein bilaterales »Deep Free Trade and Investment Agreement« aushandeln. Enttäuschungen sind vorprogrammiert. Auf russischer Seite dominiert das Gefühl, für den WTO-Beitritt viele Zugeständnisse gemacht zu haben, während die EU-Diplomatie die WTO-Mitgliedschaft Russlands nur als Basis einer tieferen Zusammenarbeit sieht.

Mittelfristige Herausforderungen

Die mittelfristig mögliche Wirtschaftsdynamik in Russland ist differenziert zu bewerten. Einerseits sind noch einfache zu erschließende Aufhol- bzw. Wachstumspotenziale vorhanden. Zudem sollte auch die Wirtschaftswachstumsdynamik anderer großer aufstrebender Volkswirtschaften nicht überschätzt werden. Das Investitionsklima dort ist nicht zwangsläufig besser. Andererseits wird immer deutlicher, dass das bisherige Wirtschaftsmodell Russlands an seine Grenzen stößt. Die Stimmung gegenüber Russland an den internationalen Kapitalmärkten hat sich in den letzten sechs bis zwölf Monaten deutlich verschlechtert. Die Länderrisikoprämie Russlands hat sich schlechter entwickelt als für andere große aufstrebende Volkswirtschaften, was bereits unmittelbaren Einfluss auf Anleihen- oder Aktienplatzierungen mit Russlandbezug hat.

Längerfristig bleiben Russland nur zwei wirtschaftliche Entwicklungspfade: Entweder wird ein niedrigerer Wachstumspfad mit all seinen (wirtschafts-)politischen Implikationen akzeptiert oder die Voraussetzungen für eine höhere Wachstumsdynamik werden politisch gesetzt. Beide Szenarien implizieren, dass in der Wirtschaftspolitik unangenehme Richtungsentscheidungen – mit sozial- und gesellschaftspolitischen Folgen – anstehen. Kurzfristig setzten viele Wirtschaftsvertreter in Russland klar auf Wladimir Putin. Er gilt als einzige Kraft, die – falls gewollt – Veränderungen ansto-

ßen kann. Allerdings wäre ein Optimalszenario wohl die Beteiligung eines starken Wirtschaftsreformers am zukünftigen Präsidenten-Premier-Duo. Die Rückkehr des Ex-Finanzministers Alexej Kudrin wäre eine attraktive Option. In einem Szenario der Reformorientierung könnten die für die kommenden Jahre angekündigten Privatisierungen dann auch mehr bedeuten, als nur eine Rückführung von »Auslandsdollars« bzw. »Zyperneuros« in Minderheitsbeteiligungen an staatsnahen russischen Unternehmen.

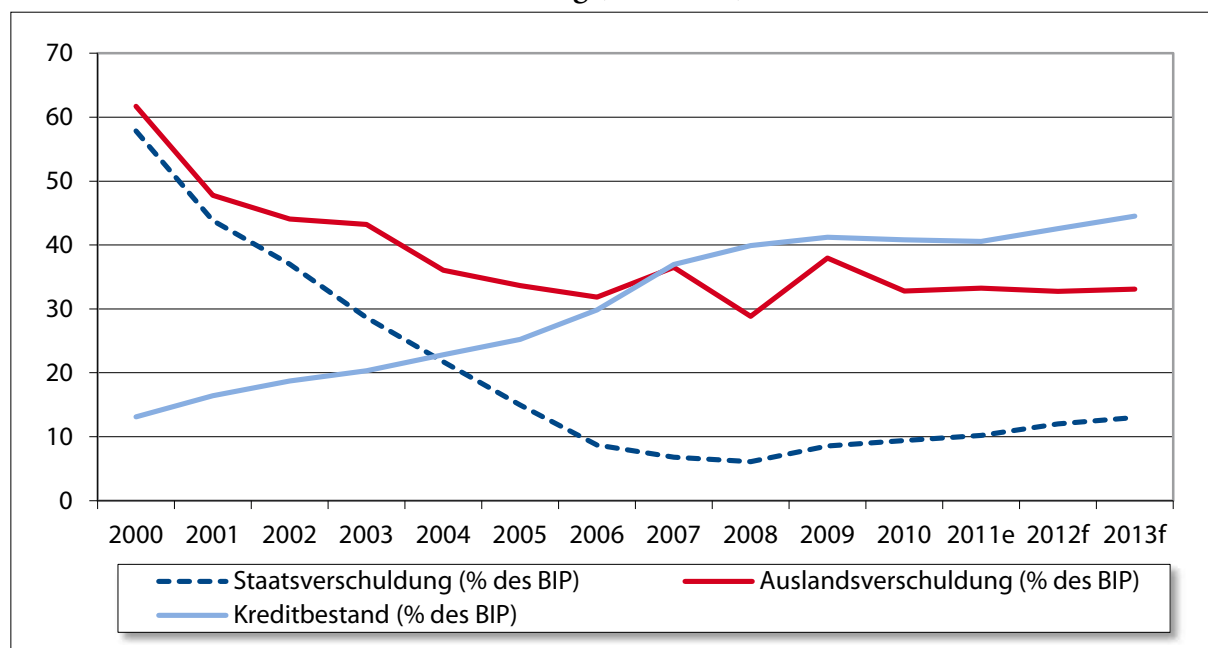
Über die Autoren

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), Raiffeisen RESEARCH in Wien. Andreas Schwabe analysiert die GUS-Region bei der Raiffeisen Bank International. Der vorliegende Beitrag gibt die Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die Ansicht der Raiffeisen Bank International wieder.

GRAFIKEN ZUM TEXT

Verschuldung der russischen Volkswirtschaft

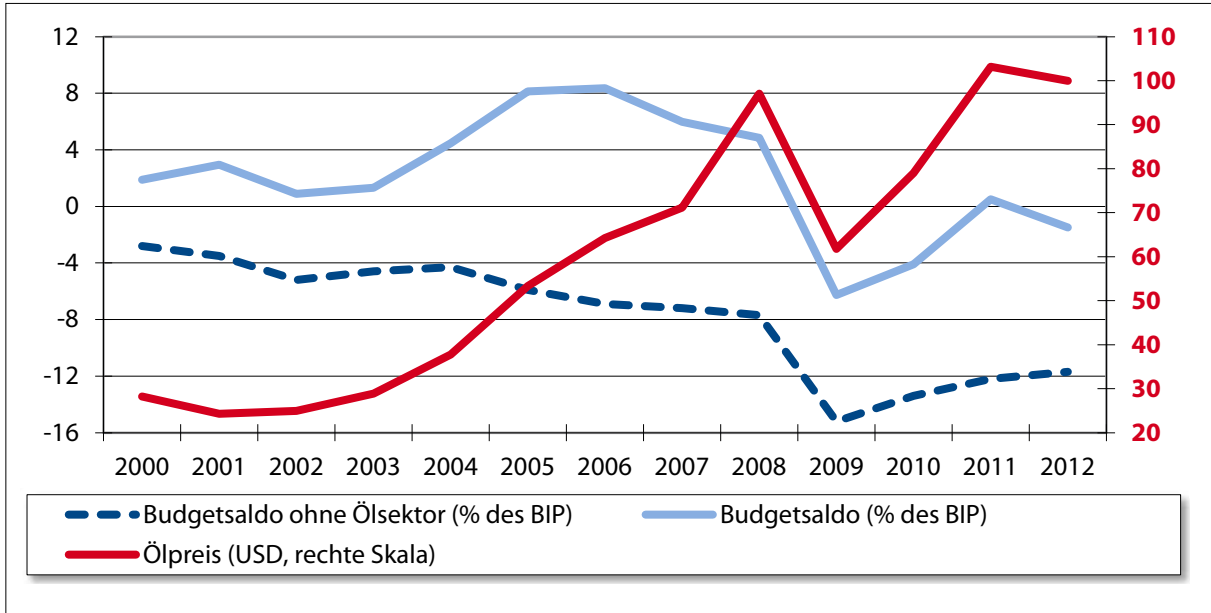
Grafik 1: Staats- und Auslandsverschuldung (% des BIP)



e = Schätzung, f = Prognose

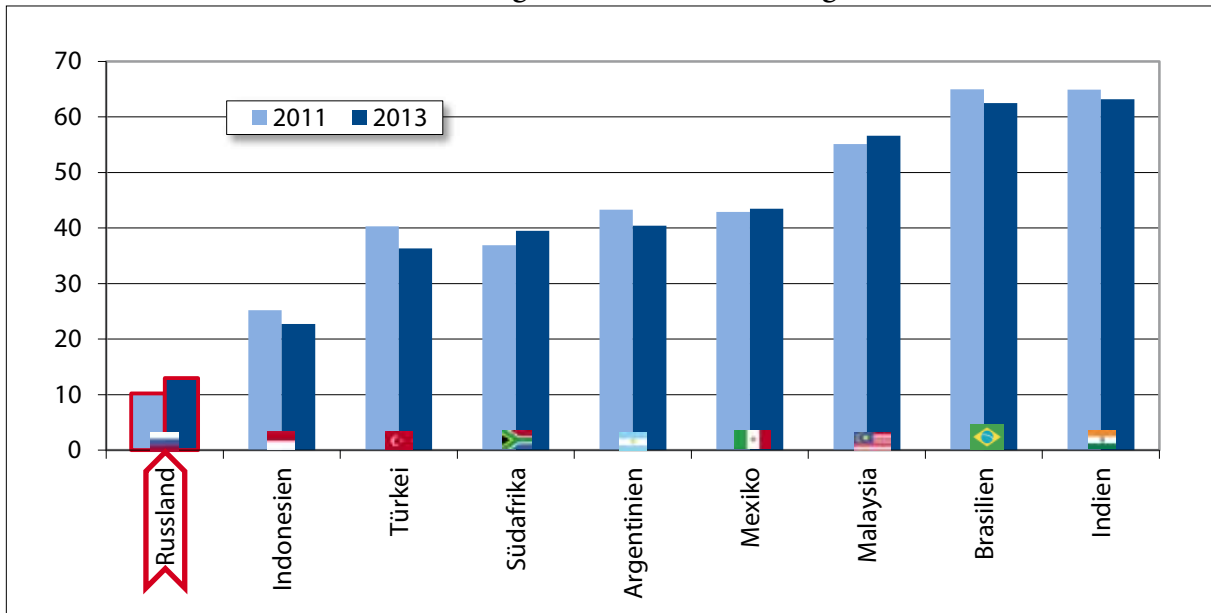
Quellen: nationale Statistik sowie Prognosen von Raiffeisen RESEARCH

Grafik 2: Budgetsaldo und Ölpreis (% des BIP bzw. USD)



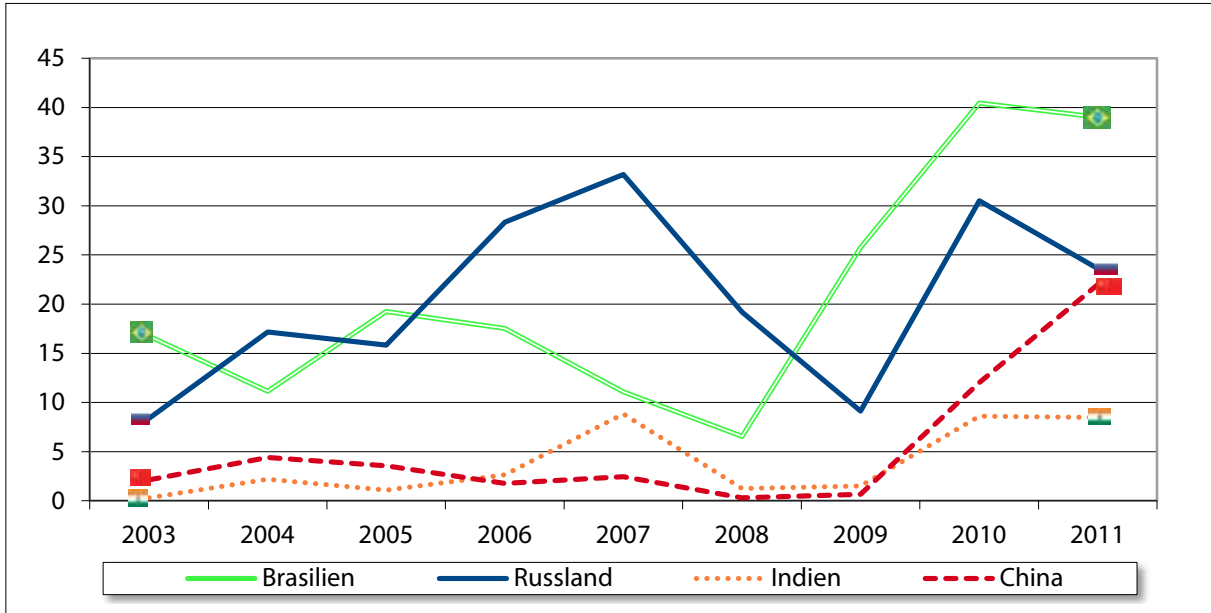
Quelle: nationale Quellen, IWF

Grafik 3: Russlands Staatsverschuldung im internationalen Vergleich (% des BIP)



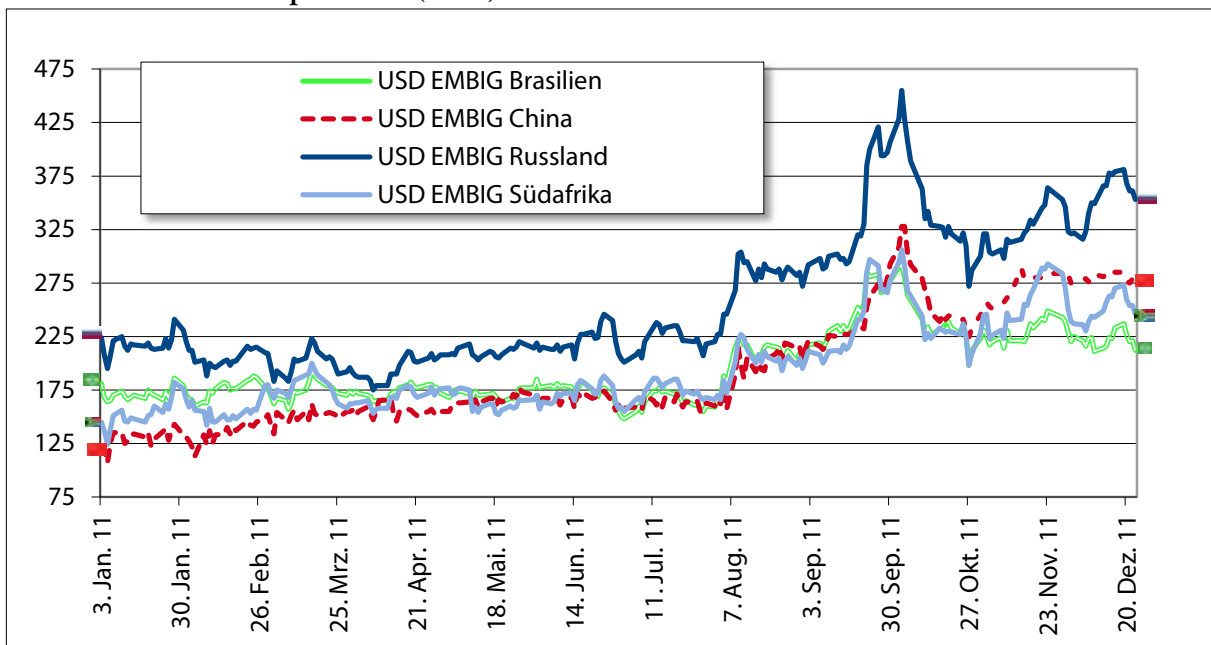
Quelle: IWF, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Internationale Anleiheplatzierungen der BRIC-Staaten (Mrd. US-Dollar)



Quelle: Bloomberg, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 5: Länderrisikoprämien* (USD)

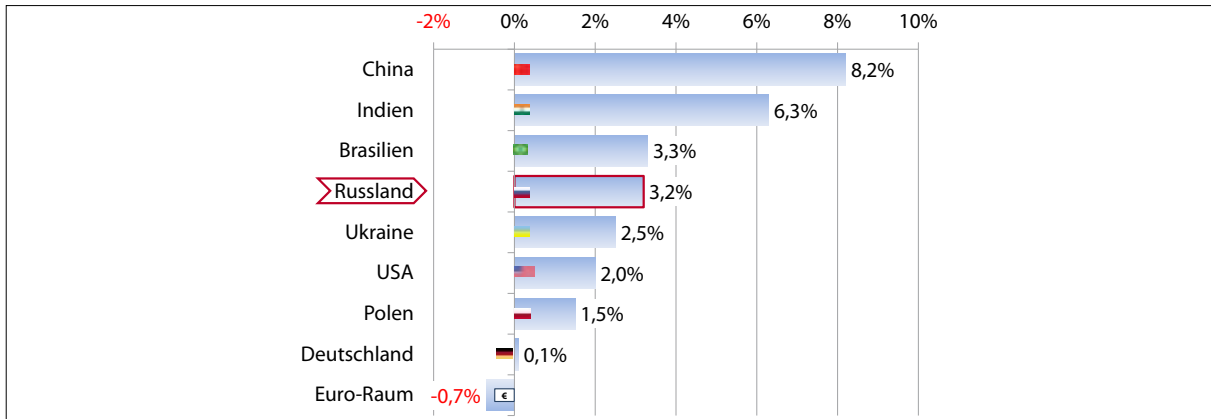


* Renditeunterschied von USD-Anleihen zu amerikanischen Staatsanleihen (Basispunkte)

Quelle: JP Morgan

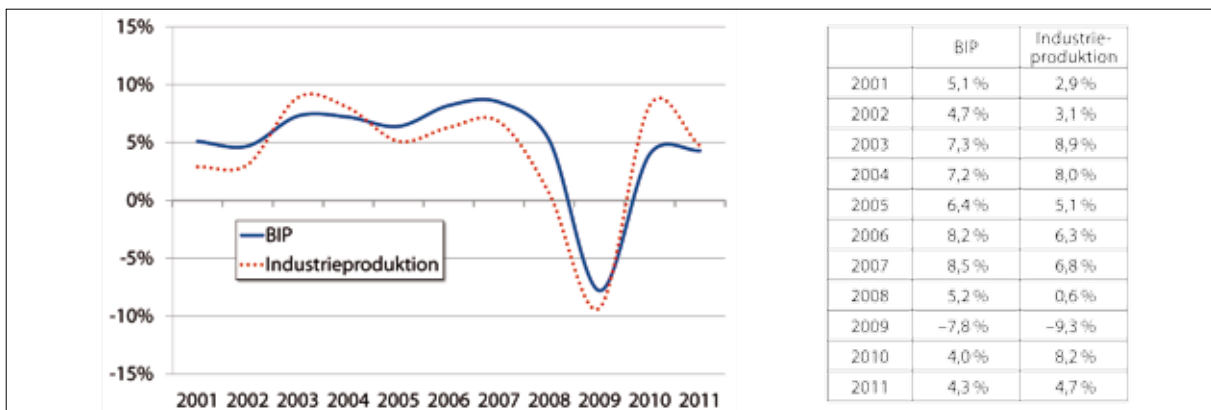
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 6: BIP-Prognose für das Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr



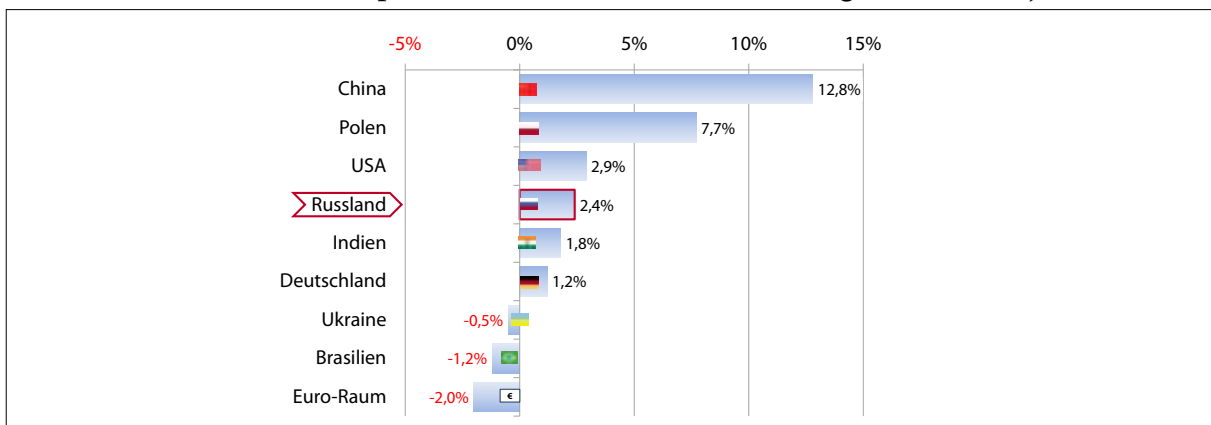
Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 7: BIP und Industrieproduktion seit 2001



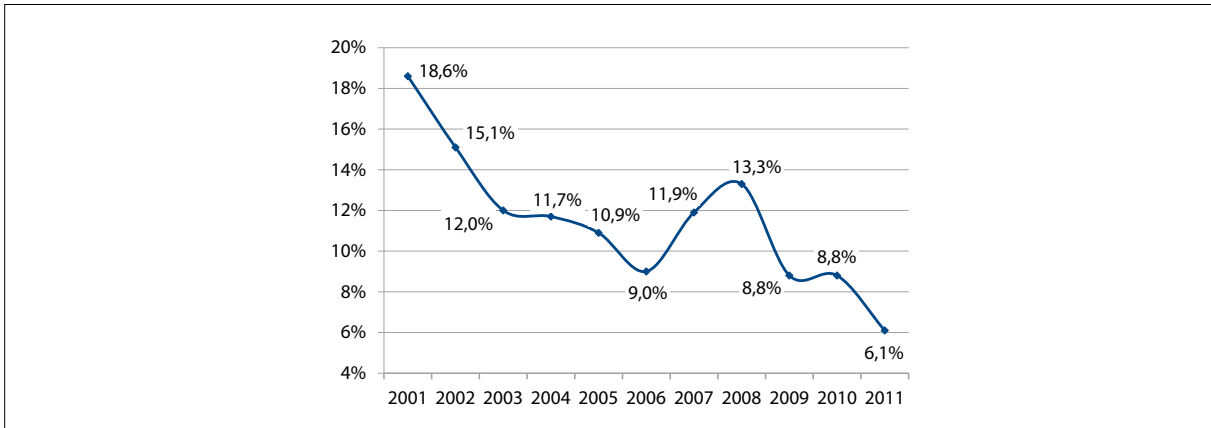
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

Grafik 8: Aktuelle Industrieproduktion (Dezember 2011) im Vergleich zum Vorjahresmonat



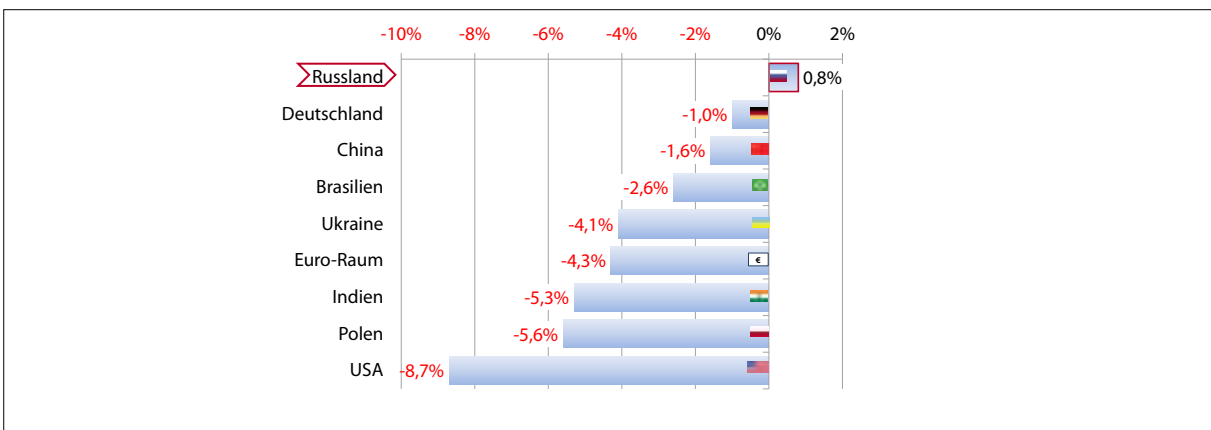
Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 9: Inflationsrate seit 2001 (Konsumentenpreise zum Jahresende)



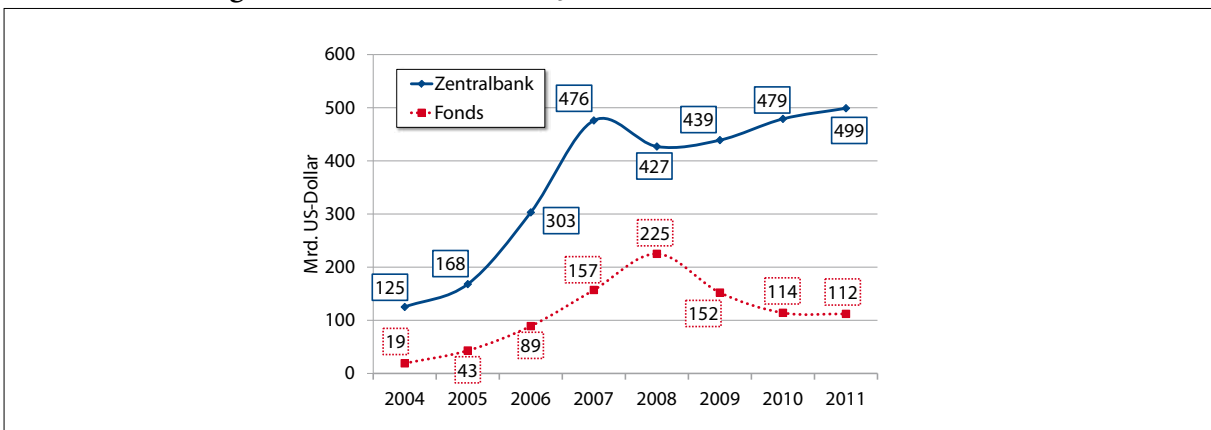
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

Grafik 10: Haushaltsdefizit im internationalen Vergleich als Anteil am BIP (2011)



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

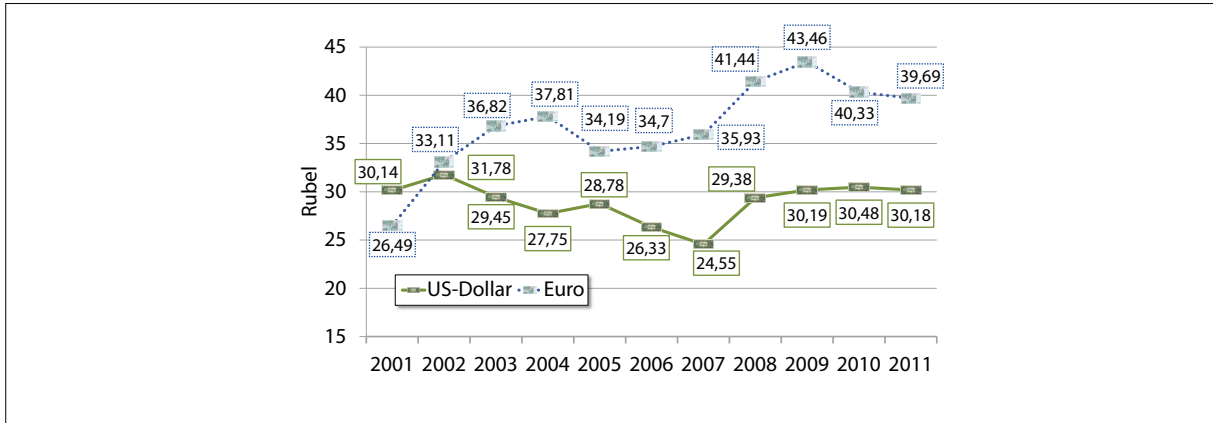
Grafik 11: Devisen- und Goldreserven der russischen Zentralbank und Wert der staatlichen Vermögensfonds seit 2004 (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)



Anmerkung: Vermögensfonds: 2004 bis 2008 Stabilisierungsfonds, seit 2008 Reservefonds und Wohlfahrtsfonds.

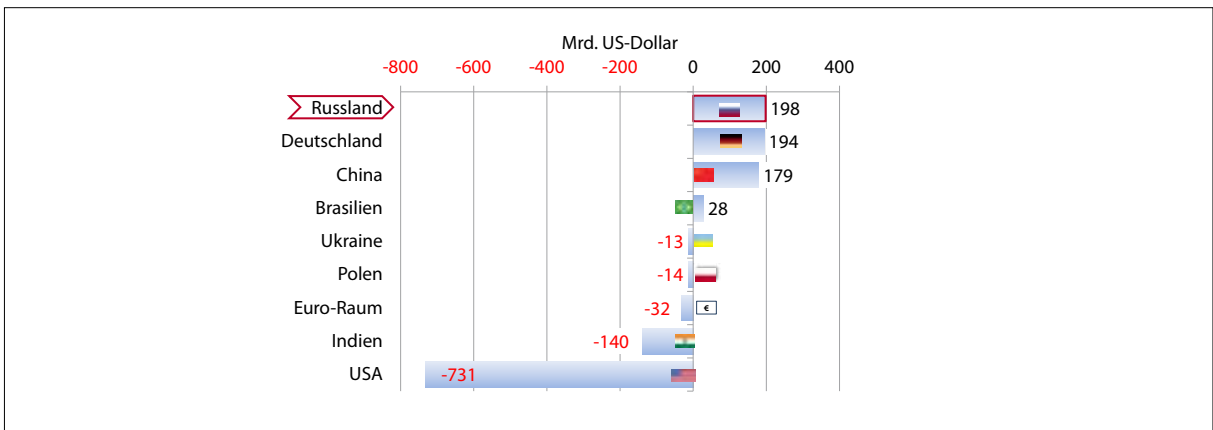
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.bofit.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 12: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro seit 2001 (jeweils zum Jahresende)



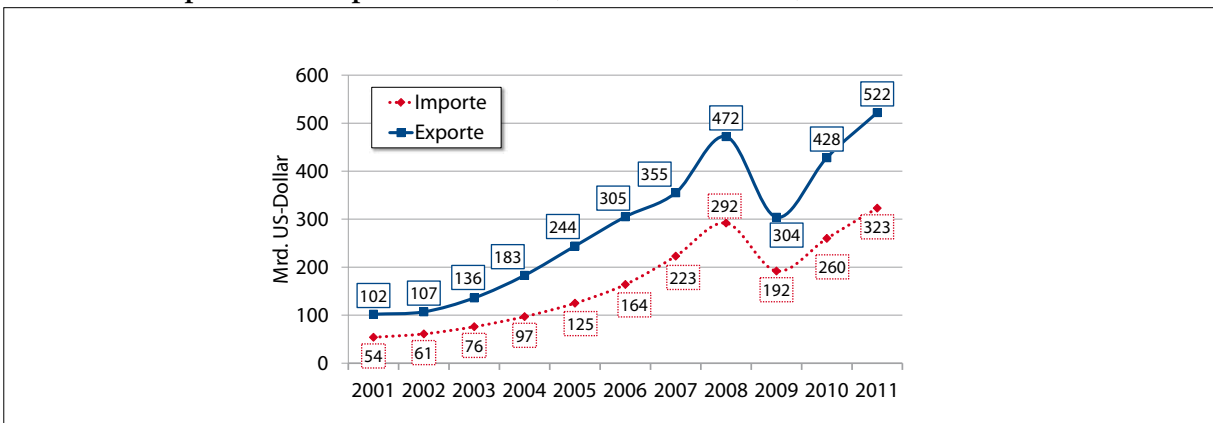
Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 13: Handelsbilanz der letzten 12 Monate in Mrd. US-Dollar



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 14: Importe und Exporte seit 2001 (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Deutsche Unternehmen in Russland florieren

Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Auslandshandelskammer

Von Eduard Kinsbruner, Berlin

Zusammenfassung

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer haben im Dezember 2011 zum neunten Mal eine Umfrage unter ihren Mitgliedsunternehmen durchgeführt, auch um einen Eindruck von den Auswirkungen der veränderten politischen Situation auf das Wirtschaftsklima in Russland zu erhalten. Gefragt wurde unter anderem nach den aktuellen Investitionsbedingungen vor Ort, den Modernisierungsbemühungen der russischen Regierung sowie den Erwartungen der Unternehmen für die Zukunft. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Ergebnisse.

Einleitung

Insgesamt haben sich 100 Unternehmen an der anonymen Umfrage beteiligt. 22 % stammten aus dem Maschinen- und Anlagenbau, gefolgt von Bau und Bauwirtschaft (11 %), Energiewirtschaft (10 %), Groß- und Einzelhandel (9 %), Agrarwirtschaft und Ernährungsindustrie (8 %) sowie den Beratungsdienstleistungen (8 %). 34 % der befragten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Moskau, 15 % in St. Petersburg. Die befragten Unternehmen stehen für über 55.000 Beschäftigte in Russland und rund 2,5 Millionen Beschäftigte weltweit. Dabei setzen die Unternehmen über 13,8 Milliarden Euro in der Russischen Föderation und über 470 Milliarden Euro weltweit um.

Geschäftsklima

Das Geschäftsklima in Russland bleibt aus Sicht der Unternehmen positiv, lässt gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Herbst 2010 allerdings leicht nach. 42 % (2010: 63 %) haben im laufenden Jahr eine Verbesserung des Geschäftsklimas festgestellt. Für 45 % (2010: 27,3 %) der befragten Unternehmen war keine Änderung des Geschäftsklimas sichtbar. 13 % (2009: 9 %) der Unternehmen haben eine Verschlechterung des Geschäftsklimas im laufenden Jahr beobachtet.

Die optimistische Einschätzung behalten die Unternehmen auch bei, wenn es um die künftige Wirtschaftsentwicklung in Russland geht. 71 % (2010: 87 %) der Befragten rechnen mit einer positiven Entwicklung der russischen Wirtschaft im laufenden Jahr. 25 % (2010: 13 %) der Befragten befürchten im nächsten Jahr eine Stagnation. An eine Rezession glauben aber nur 4 % der befragten Unternehmen (2010: 0 %).

Die Geschäftslage der befragten deutschen Unternehmen in Russland hat sich weiter verbessert. 66 % bewerten die eigene Lage mit gut bis sehr gut (2010: 50 %). Für 25 % (2010: 41 %) ist die gegenwärtige Geschäftslage befriedigend, während wie bereits 2010 nur 9 % der Unternehmen ihre Lage als schlecht einschätzen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation in der Russischen Föderation nach den Duma-Wahlen war es für den Ost-Ausschuss und die AHK Moskau wichtig zu erfahren, in wie weit sich eine mögliche dritte Präsidentschaft Putins auf das Geschäftsklima in der Russischen Föderation auswirken könnte. Der Großteil der befragten Unternehmen (45 %) erwartet danach keine nennenswerten Auswirkungen einer weiteren Amtszeit Putins auf das Geschäftsklima im Land. Während 30 % der deutschen Unternehmen positive Effekte einer Präsidentschaft Putins erwarten, rechnen 25 % der befragten Unternehmen mit einer Verschlechterung des Geschäftsklimas unter einem wieder gewählten Präsidenten Putin.

Zukunftsplanung

Die insgesamt positive Einschätzung spiegelt sich auch in der Personalplanung der deutschen Unternehmen in Russland wider: 64 % (2010: 65 %) der Unternehmen wollen neue Arbeitskräfte einstellen. 29 % der Unternehmen (2010: 33 %) planen keine Änderungen bei der Mitarbeiterzahl, während 7 % (2010: 2 %) der befragten Unternehmen Mitarbeiter entlassen wollen. Damit gehören deutsche Unternehmen weiterhin zu den wichtigsten ausländischen Arbeitgebern in Russland.

Auch die Investitionsvorhaben der deutschen Unternehmen unterstreichen das langfristig ausgelegte Russland-Engagement und die positive Stimmung: 49 % (2010: 43 %) der befragten Unternehmen wollen in den nächsten zwölf Monaten in Russland investieren. Rund ein Viertel dieser Gruppe nennt genaue Summen.

Probleme und Erfolge der russischen Wirtschaftspolitik

Russland liegt in den großen internationalen Rankings zu Investitionsbedingungen und Transparenz weiterhin auf den hinteren Plätzen. Diese Einschätzung wird auch von deutschen Unternehmen geteilt. Insbesondere Bürokratie und Korruption werden von den deutschen

Unternehmen in Russland als größte Hindernisse gesehen. Sie wünschen sich zudem weitere Reformschritte, insbesondere beim Zoll- und bei den Zertifizierungsverfahren, bei den Visaregelungen, bei den Genehmigungsverfahren sowie bei der technischen Regulierung.

Die Modernisierungsbemühungen unter Präsident Medwedew werden von den Unternehmen weiterhin kritisch bewertet. 41 % (2010: 41 %) der befragten Unternehmen sahen 2011 leichte Fortschritte in der Modernisierung des Landes. Für 49 % (2010: 53 %) der Unternehmen tritt das Land bei seinen Modernisierungsvorhaben immer noch auf der Stelle. 10 % (2010: 6 %) der Befragten sprechen sogar von Rückschritten.

Als größtes Hindernis für den Modernisierungsprozess in Russland sehen die Unternehmen die staatliche Bürokratie an (35 %). 28 % bemängeln das Fehlen eines schlüssigen Modernisierungskonzeptes. 24 % kritisieren den mangelnden politischen Wettbewerb im Land und 10 % schreiben die Fehlschläge bei der Modernisierung dem fehlenden Rückhalt in der Bevölkerung zu. Daneben werden die Überregulierung des Marktes, die Monopolstellung der Staatsbetriebe und der fehlende Mittelstand als Hindernisse gesehen.

Als positive Entwicklungen im Modernisierungsprozess werden die staatliche Förderung von Investitionen (35 %), Investitionen in Hochtechnologieprojekte (31 %) und eine etwas bessere Trennung von Staat und Wirtschaft (14 %) vermerkt. 12 % der Befragten haben auch eine Verbesserung der Ausbildungsstrukturen beobachtet.

Internationale Integration

Positiv bewerten die befragten Unternehmen den beschlossenen WTO-Beitritt Russlands: 96 % sind der Meinung, das Land werde von einer WTO-Mitgliedschaft langfristig profitieren. Davon sind 27 % sogar von stark positiven Auswirkungen für die Wirtschaftsentwicklung Russlands überzeugt. Nur 4 % der Unternehmen befürchten langfristig negative Folgen für die russische Wirtschaft.

Die Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan wird neutral bewertet. 63 % der befragten Unternehmen erkennen keinen Einfluss auf ihr Geschäft, 27 % sehen positive Auswirkungen der Zollunion und nur 7 % der befragten Unternehmen konnten einen negativen Einfluss der Zollunion auf ihr Geschäft feststellen.

Ähnlich verhält es sich bei der Bewertung der Idee Ministerpräsident Wladimir Putins, eine Eurasische

Union nach dem Vorbild der EU zu etablieren. 51 % der befragten Unternehmen können sich noch keine abschließende Meinung bilden. 27 % sehen die Idee positiv, weil die Eurasische Union die Wirtschaftsentwicklung in der Region fördern könnte (17 %) und die Zusammenarbeit mit der EU erleichtere (10 %). 22 % der befragten Unternehmen sehen dagegen Konfliktpotenzial in der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

Russische Standortvorteile

Befragt nach den Vorteilen des russischen Marktes, haben die meisten Unternehmen die guten Wachstums- und Gewinnchancen, die Konsumnachfrage und die günstigen Kostenstrukturen in Russland hervorgehoben. Neben der als gering betrachteten Steuerlast auf dem russischen Markt wurden auch die qualifizierten Arbeitskräfte und die Sonderwirtschaftszonen von den Unternehmen als Vorteil für den Investitionsstandort Russland identifiziert. Als Nachteile gegenüber anderen Investitionsstandorten werden die Zollabwicklung, die schlechte Infrastruktur, fehlende Finanzierungsmöglichkeiten und mangelnde Unterstützung durch die Verwaltung angesehen.

Die befragten Unternehmen sehen in der Automobilindustrie und im Energiebereich das stärkste Wachstum in den kommenden Jahren in Russland. Ebenfalls positiv wird die Entwicklung der Logistik- und Transportbranche, sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation gesehen. Eher durchschnittliches Wachstum erwarten die Unternehmen dagegen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

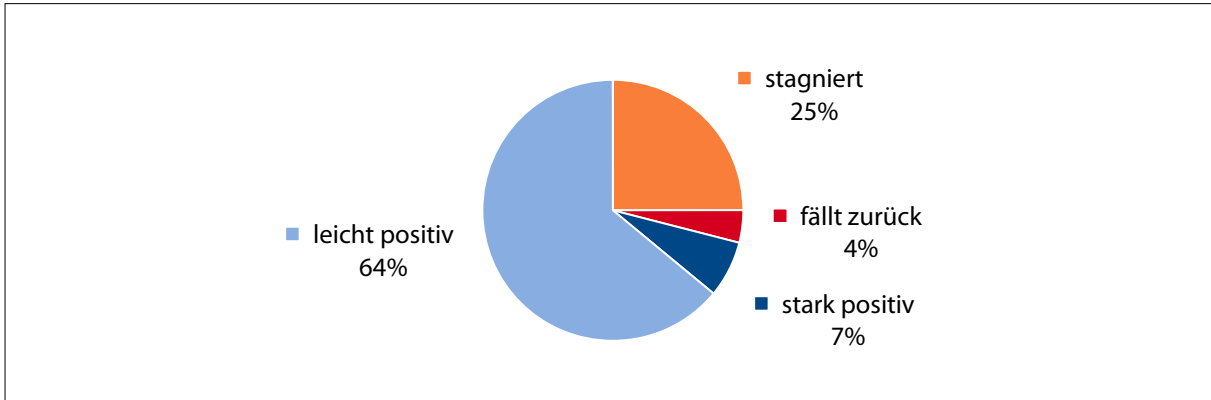
In der Gunst der deutschen Investoren stehen die politischen und wirtschaftlichen Machtzentren Moskau und St. Petersburg weiterhin an der Spitze. Gefragt nach den fünf Regionen der Russischen Föderation mit dem besten Investitionsklima hat sich die russische Hauptstadt knapp gegenüber der »nördlichen Hauptstadt« des Landes durchgesetzt. Die Moskau nahe Region Kaluga, die sich vor allem als Automobilcluster profiliert, nimmt den dritten Rang ein, gefolgt von Tatarstan und der Olympiaregion Krasnodar. Weiterhin gute Bewertungen erhielten die Gebiete Swerdlowsk sowie das Moskauer Gebiet. Die strukturellen Vorteile des Zentrums sind deutlich sichtbar, immer mehr Unternehmen entscheiden sich aber bewusst für die aufstrebenden Regionen Russlands.

Über den Autor

Eduard Kinsbruner ist Mitarbeiter im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft.

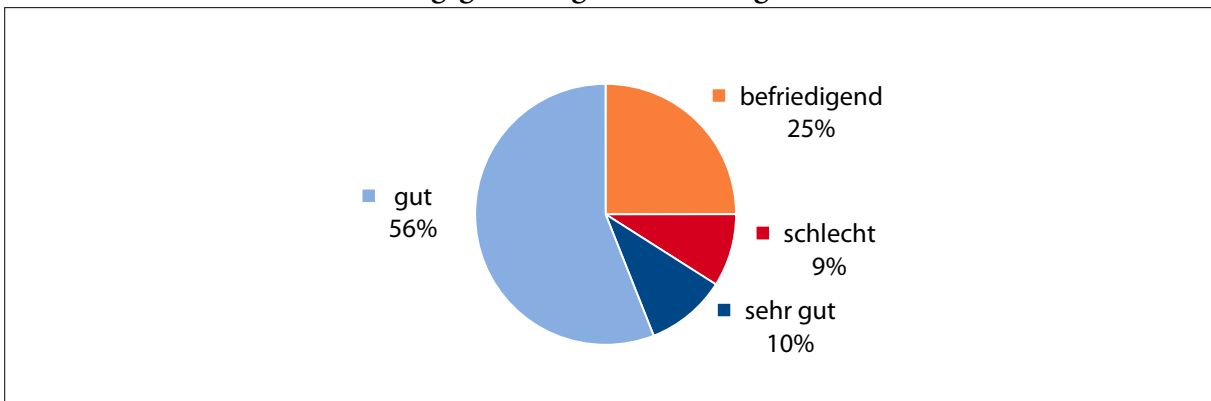
Ausgewählte Ergebnisse der Geschäftsklima-Umfrage

Grafik 15: Wie wird sich die russische Wirtschaft 2012 entwickeln?



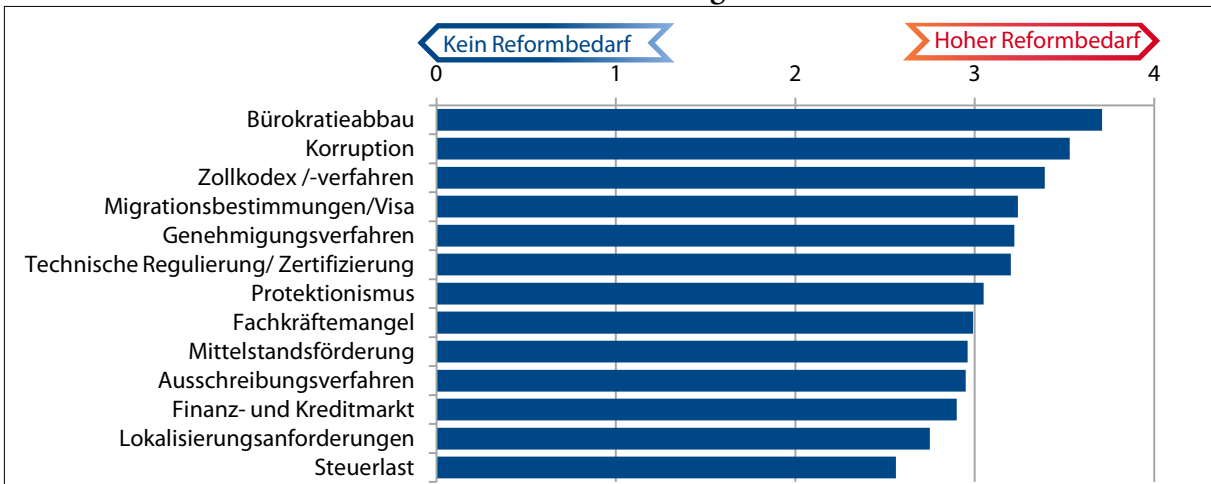
Quelle: Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Auslandshandelskammer, http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Gesch%C3%A4ftsklimaindex%20Russland%202011.PDF

Grafik 16: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Geschäftslage Ihres Unternehmens in Russland?



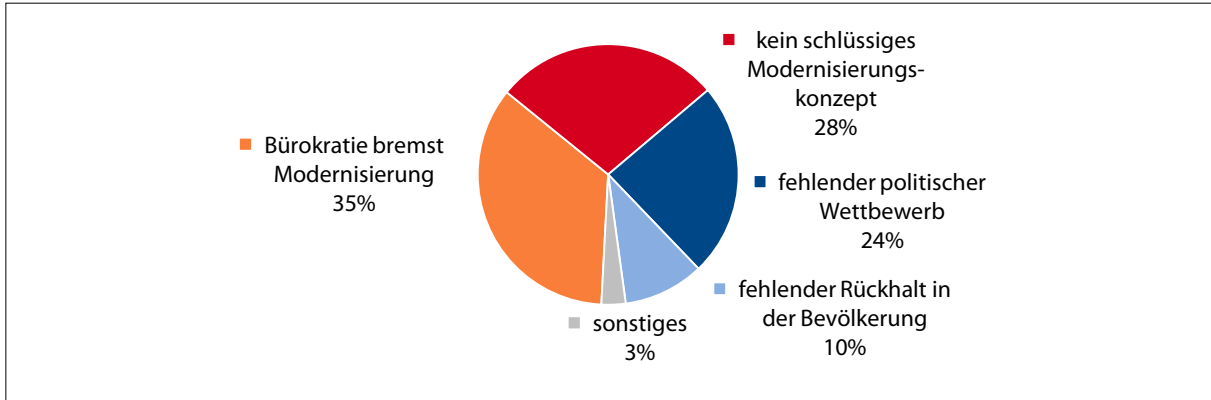
Quelle: Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Auslandshandelskammer, http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Gesch%C3%A4ftsklimaindex%20Russland%202011.PDF

Grafik 17: In welchen Bereichen sehen Sie akutelle den größten Reformbedarf?



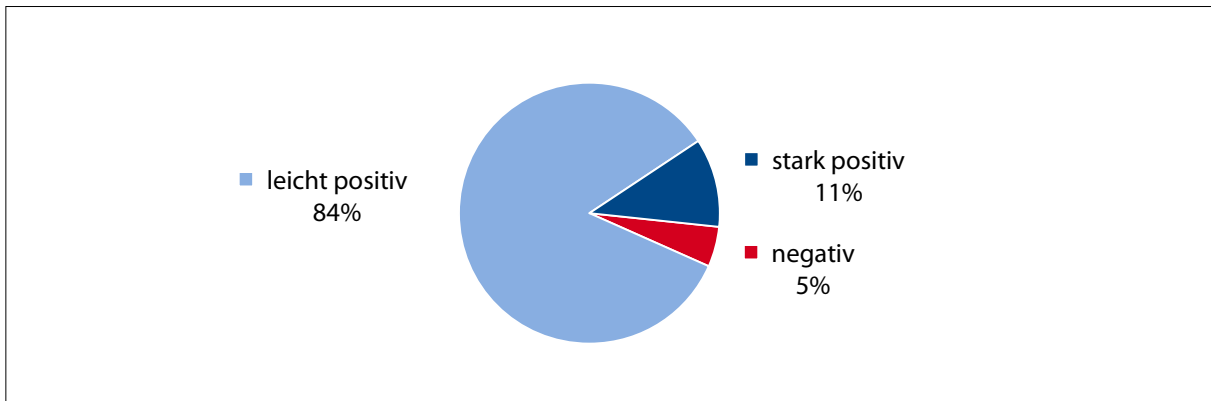
Quelle: Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Auslandshandelskammer, http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Gesch%C3%A4ftsklimaindex%20Russland%202011.PDF

Grafik 18: Aus welchen Gründen kommt der Modernisierungsprozess in Russland nicht voran?



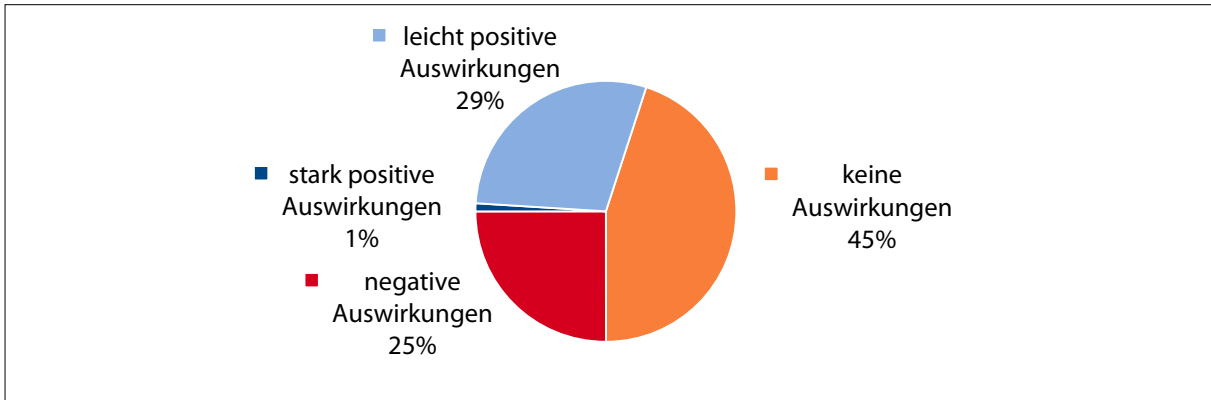
Quelle: Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Außenhandelskammer, http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Gesch%C3%A4ftsklimaindex%20Russland%202011.PDF

Grafik 19: Wie würde das Russlandgeschäft Ihres Unternehmens durch einen WTO-Beitritt Russlands betroffen sein?



Quelle: Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Außenhandelskammer, http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Gesch%C3%A4ftsklimaindex%20Russland%202011.PDF

Grafik 20: Wie würde sich eine dritte Präsidentschaft Wladimir Putins auf das Geschäftsklima in Russland auswirken?



Quelle: Geschäftsklima-Umfrage von Ost-Ausschuss und Deutsch-Russischer Außenhandelskammer, http://www.ost-ausschuss.de/sites/default/files/pm_pdf/Gesch%C3%A4ftsklimaindex%20Russland%202011.PDF

Sozialpolitik in der Krise

Von Jakob Fruchtmann, Bremen

Zusammenfassung

Die russische Sozialpolitik hatte unter den Bedingungen der akuten Wirtschaftskrise in Russland 2008/2009 zunächst soziale Stabilität sicherzustellen. Relevant waren hier direkte sozialpolitische Maßnahmen, aber auch indirekte Schritte, insbesondere zur Unterstützung strukturschwacher Regionen bzw. Monostädte durch budgetäre Umverteilungen. Die Hauptphase der Krise vom Herbst 2008 bis Mitte 2009, die sich durch die Kombination mit niedrigen Öl- und Gaspreisen als besonders gefährlich erwiesen hatte, konnte v. a. durch den Rückgriff auf Reserven (Reserve- und Wohlfonds) bewältigt werden, die zuvor in Zeiten höherer Rohstoffpreise angesammelt worden waren. Die verfügbaren Reserven sind in der Folge nun deutlich geschrumpft. Es scheint daher fraglich, ob im Falle eines weiteren schweren ökonomischen Schocks die Mittel reichen würden, um sowohl die Stabilität des Außenwerts der Währung, als auch gleichzeitig eine sozialpolitische Abfederung der Krisenauswirkungen sicherzustellen. Strukturelle Reformen der russischen Sozialpolitik, die seit geraumer Zeit auf der Agenda der russischen Sozialpolitik stehen – hier werden v. a. die Wichtigkeit einer Reform des Rentensystems und des Gesundheitswesens genannt –, wurden unterdessen weiterhin nicht angegangen.

Besonderheiten des russischen Sozialstaates

Ein grundlegendes Problem der russischen Sozialpolitik besteht im niedrigen Niveau der Löhne und Gehälter in Russland. Dies führt zu einer chronischen Unterfinanzierung der Sozialkassen, sofern sozialstaatliche Elemente überhaupt in Kassenform organisiert werden können (eine Arbeitslosenversicherung nach dem Kassenprinzip besteht bis heute nicht). Da das Ausmaß der Armut und der armutsinduzierten sozialen Probleme mit dem niedrigen Niveau der Löhne und Gehälter zusammenhängt, sind auch die sozialpolitisch zu betreuenden Probleme besonders groß.

Die Finanzierung der Sozialpolitik ist daher in Russland stets eng mit den Einkommen verbunden, die an *anderer Stelle* der Nationalökonomie entstehen. Die Rohstoffabhängigkeit des Landes ist auch sozialpolitisch relevant. Umgekehrt ist – aus demselben Grund – für die nationale Sozialpolitik auch das Verhältnis des Staates zu den Vertretern der finanzindustriellen Gruppen, die den Export der natürlichen Reichtümer des Landes kontrollieren, von zentraler Bedeutung. Die größten Schwierigkeiten entstanden somit für die russische Sozialpolitik in der Zeit vom Herbst 2008 bis zum Sommer 2009, als parallel zum Wirtschaftseinbruch und den damit verbundenen Massenentlassungen und Einkommenseinbrüchen auch die weltweiten Ölpreise auf einem niedrigen Niveau waren.

Die Entwicklung der russischen Sozialpolitik lässt sich grob in drei Phasen teilen: Während das Chaos der »wildten Neunzigerjahre« bis zur Krise vom August 1998 und dem Default des Rubels von einem sozialpolitischen Nihilismus charakterisiert war, folgte eine erste Wende mit dem Amtsantritt Wladimir Putins als Präsident im Jahr 2000. Der Aufbau eines Sozialstaats in

Russland war nicht das Resultat sozialer Kämpfe. Vielmehr sind die sozialen Probleme – aus verschiedenen Gründen – auch für die rücksichtslosesten Verfechter eines »neoliberalen« Ansatzes unabweisbar. Die Gefahr politischer Erfolge der KPRF, die Proteststimmung und Streiks, die allgemeine Demoralisierung und der Bevölkerungsschwund bedrohten zum Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die Grundlagen der Erfolge der Gewinner der Reformen. Die Notwendigkeit einer Einhegung der »sozialen Frage« wurde zum Ende der Neunzigerjahre unabweisbar. Doch erst mit der Konsolidierung der Staatlichkeit und der Machtstrukturen unter Putin, sowie mit dem Eintreten einer v. a. auf hohen Ölpreisen basierten ökonomischen Erholung, waren zum Beginn des Millenniums die Voraussetzungen gegeben, Schritte hin zu einer effektiveren Sozialpolitik zu unternehmen.

Putin trieb vor allem zunächst die Durchsetzung der so genannten »Vertikale der Macht« und damit die Sicherung der Funktionsfähigkeit staatlicher Institutionen (und dies schließt sozialstaatliche Institutionen ein) voran. Zunächst unter der Parole der Armutsbekämpfung und dann seit dem Jahre 2005 v. a. im Namen der Bekämpfung der demographischen Probleme des Landes wurden ab Beginn der zweiten Amtszeit Putins im Jahre 2004 einige zentrale sozialpolitische Probleme und Brennpunkte tatsächlich in Angriff genommen.

»Putinismus« und die »soziale Frage«

Eine Analyse der Reden Wladimir W. Putins zeigt, dass in seinem politischen Konzept sozialpolitische Fragen eine besonders wichtige Rolle spielen. So beschäftigt sich der unlängst im Zuge der Wahlvorbereitungen veröffentlichte vierte Grundsatzartikel Putins schwerpunktmäßig gerade mit sozialpolitischen Fragen (bislang wurden

Artikel über Demokratie, über die wirtschaftspolitischen Ziele und über die nationale Frage veröffentlicht). Erkennbar ist die hohe Priorität, die sozialpolitische Fragen zumindest in der Selbstdarstellung Putins einnehmen.¹

Bestimmte Motive der Sozialpolitik sind nicht als bloße rhetorische Schaumschlägerei abzutun, sondern politisch ernst zu nehmen, da sie aus Sicht der Eliten für die nationale Sicherheit und politische Stabilität des Landes relevant sind: Sozialpolitik unter Putin ist bemüht um die Förderung und den Erhalt des Bestands des russländischen Volkes als Basis und Grundlage russischer Machtentfaltung, Putin spricht in diesem Zusammenhang vom »Erhalt Russlands«, dem eine »Entvölkerung« droht. Aufgabe der Sozialpolitik ist daher die Förderung sowohl des physischen als auch des moralischen Bestands dieses »Volkskörpers« (in Putins Grundsatzartikel ist die Rede von einer Strategie der »Volkspflege« / »strategija narodoberezenija«). Es stehen insofern einerseits demografische Gesichtspunkte im Mittelpunkt der sozialpolitischen Erwägungen, andererseits spielen aber auch Fragen des Erhalts der allgemeinen und besonderen politischen Loyalität der russischen Staatsbürger gegenüber ihrem Staat eine zentrale Rolle, die beispielsweise erheblich belastet wird, wenn der russische Staat seine sozialpolitischen Verpflichtungen nicht einhält. Dazu wird eine Reihe von Maßnahmen zur Sicherung der Reproduktionsfähigkeit der Bevölkerung ergriffen. So wurde beispielsweise im Jahre 2007 das sogenannte »Mutterkapital« eingeführt. In seinem Grundsatzartikel schlägt Putin vor, jedes dritte Kind mit zusätzlichem Kindergeld in erheblicher Größe zu »belohnen«.

Beobachtet man die Entwicklung der sozialpolitischen Ausgaben in Russland, so wird deutlich, dass erst in der zweiten Hälfte der ersten Dekade des neuen Millenniums Ansätze zu einer ihrem Umfang nach ernst zu nehmenden Sozialpolitik in Russland zu beobachten sind. Dieser Prozess hängt direkt mit den ökonomischen Entwicklungen zusammen: Er ist gekoppelt an den beträchtlichen Fortschritt in der Höhe der Löhne und Gehälter in Russland allgemein. Dies zeigen die

Angaben zur Lohnentwicklung ebenso wie die Entwicklung im Bereich der absoluten Armut etwa nach Angaben der Weltbank oder, in der Folge der realen Entwicklung auch die subjektiven Einschätzung der eigenen Armut in den Umfragen des Lewada-Zentrums (siehe Grafiken 21 bis 24 im Anschluss an den Text).

In seiner ersten Amtsperiode hatte sich Putin darauf konzentriert, die Sozialpolitik zu »devirtualisieren«, d. h. sowohl die Anzahl und Vielfalt sozialer Rechte und Ansprüche von Seiten der Bürger gegen den Staat zu reduzieren als auch die Zuverlässigkeit der tatsächlichen Auszahlung der verbleibenden Ansprüche von Seiten des Staates zu verbessern. In der zweiten Amtsperiode hatte die Sozialpolitik bereits deutlich gestalterischere Schwerpunkte, wenngleich die strukturellen Reformen sowohl im Bereich der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens als auch im Bereich der Rentenkasse und der bislang immer noch nicht gelösten Probleme der Altersversorgung wenig Fortschritte zeigten. Vor allem die Versuche zu einer Monetarisierung der Vergünstigungen scheiterten. Dennoch nahm, wie Grafik 26 zeigt, in diesem Zeitraum der Umfang der sozialpolitischen Maßnahmen absolut und relativ erheblich zu.

Nun hat, nicht zuletzt wegen anhaltend hoher Öl- und Gaspreise, in Russland seit der Jahrtausendwende ein erhebliches Wachstum der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten stattgefunden. Das Haushaltseinkommen ermöglicht so inzwischen zumindest kurzfristig die Reproduktion einer Durchschnitts-Familie zu finanzieren. Die Anzahl der Haushalte, die angeben, dass für sie das Geld selbst für die Versorgung mit Lebensmitteln knapp ist, liegt inzwischen unter 10%. Bei »nur noch« einem guten Viertel der Bevölkerung reicht das Geld nicht zur problemlosen Finanzierung der Bekleidung. Zum Vergleich: Zu Beginn des Millenniums machten, wie Grafik 24 zeigt, beide Gruppen zusammen noch zwei Drittel (!) der Bevölkerung aus. In Abhängigkeit von den legal deklarierten monetären Einkommen wuchsen also auch die entsprechenden steuer- und abgabenbasierten Einnahmen der sozialpolitischen Haushaltsposten. Dennoch sind die sozialpolitischen Probleme weiterhin sehr groß, während die aus den Mitteln der abhängig Beschäftigten mobilisierbaren Gelder zu ihrer Bewältigung oder auch nur zu ihrer sozialpolitischen Betreuung unverhältnismäßig gering sind. Erst recht kann die Startfinanzierung beispielsweise der Rentenkassen nicht alleine aus den Einkommen der Bevölkerung bewältigt werden. Das ist eines der größten Hindernisse für den politisch schon seit langem erwünschten, aber zu schwierigen Übergang vom Umlageprinzip zur sog. kapitalgedeckten Altersvorsorge.

Institutionell ist hier insbesondere bemerkenswert, dass überschüssige Einnahmen aus dem weltweiten Ver-

1 Unter der Überschrift »Gerechtigkeit aufbauen – Sozialpolitik für Russland« schrieb Premierminister Putin in der Zeitung »Komsomolskaja Prawda« einen ausführlichen Artikel über seine sozialpolitische Programmatik. Bemerkenswert ist hier unter anderem, dass Putin in seinem Artikel auf den Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter in der Leitung von Betrieben gesetzgeberisch hinwirken möchte, dabei verweist er auf das Beispiel der deutschen Betriebsräte. Außerdem betont Putin die Wichtigkeit einer Qualifizierungs-Offensive unter den Arbeitern, verspricht eine erhebliche Steigerung der staatlichen Stipendien und lehnt eine Anhebung des Rentenalters, die zuvor in der Diskussion war, strikt ab. Entsprechend dem demographischen Schwerpunkt seiner sozialpolitischen Konzeption fordert Putin mit der richtigen Sozialpolitik in den nächsten 40 Jahren 50 Millionen neue Mitbürger hervorzubringen.

kauf von Öl und Gas nicht mehr nur direkt in einer währungsstabilisierenden Reserve (Stabilisierungsfonds) geparkt werden, sondern ab Februar 2008 zunächst in den Reservefonds, dann aber, ab einem bestimmten Umfang, in den sogenannten Wohlstandsfonds (»über«) fließen. Der Wohlstandsfonds erfüllt in erster Linie sozialpolitische Funktionen. Diese sind von ihrer ursprünglichen Konzeption her als zusätzliche sozialpolitische Aufgaben zu verstehen, die zwar von großer Bedeutung sind, aber nicht zu den unverzichtbaren direkten sozialstaatlichen Verpflichtungen des Staates, wie etwa die Auszahlung von Renten, zählen. Diese Änderung des Stabilisierungsfonds in Reserve- und Wohlstandsfonds im Februar 2008 stand nicht zuletzt für ein neues, gewachsenes Selbstbewusstsein der russischen Eliten, was den erreichten Stand der Leistungsfähigkeit der russischen Wirtschaft anbetrifft. Gerade in dieser Situation brach die Wirtschaftskrise aus, mit zunächst dramatischen Folgen.

Die Auswirkungen der Krise

Die schwersten Auswirkungen der Welt-Finanzkrise auf Russland fallen in den Zeitraum von Herbst 2008 bis Sommer 2009. Der weltweite »Credit-Crunch« führte zu einem Abzug westlicher Investoren. Gleichzeitig hatten sich einige der größten russischen Unternehmen an den internationalen Kapitalmärkten verschuldet und litten nun unter einer Verschlechterung der Kreditkonditionen in Kombination mit dem Geschäftsrückgang. Zusätzlich hatte das internationale Konjunkturtief zu einem Rückgang der Öl- und Gaspreise geführt – eine für die russische Ökonomie brisante Kombination. Die Folgen schienen im Winter 2008 zunächst dramatisch: Die Beschäftigung ging zurück, Massenentlassungen fanden statt oder wurden allenthalben erwartet, viele Betriebe strichen Prämien, kürzten Löhne, fuhren nur noch auf Teilzeit oder hielten praktisch eine Scheinbeschäftigung aufrecht. Auch die Praxis der Nicht-Auszahlung von Löhnen, die seit den 1990-er Jahren schon tot geglaubt schien, wurde wiederbelebt. Zum Teil wurde in der krisengeprüften Bevölkerung nun auch der Zahlungsfähigkeit der Banken misstraut. Es fanden sogar (das erste Mal seit zehn Jahren wieder) Hamsterkäufe, beispielsweise von Streichhölzern statt. Mittlerweile – von der zweiten Hälfte 2009 bis zur Gegenwart – hat jedoch eine mehr oder weniger stetige Konsolidierung der Verhältnisse stattgefunden.

Sowohl die Tiefe der Krise, als auch die Geschwindigkeit der anschließenden Konsolidierung unterschieden sich dabei in Russland regional erheblich. Besonders hervorzuheben sind hier zum einen die sogenannten »depressiven«, auf kaum konkurrenzfähige industrielle Betriebe konzentrierten Regionen, wie etwa die Iwanow-Region. Hinzu kommen industrielle Regionen, die bis-

lang nicht als depressiv galten, weil sie etwa im Bereich des Maschinenbaus oder der Metallurgie konzentriert waren, nun aber mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich für die so genannten Monostädte, die sozio-ökonomisch von einem einzigen Betrieb und seinem Erfolg abhängig sind. Vor allem kleine bis mittlere Monostädte, deren Betrieb in einer von der Krise betroffenen Branche aktiv war, wurden besonders hart getroffen (vgl. etwa die vom örtlichen Kugellagerwerk abhängige Stadt Wologda). So ging etwa in Städten der Regionen des ersten Typs (traditionell depressive Industrieregion) wie etwa der Iwanow-Region bis zu 30 % der industriellen Produktion verloren und die Erholung bis zum Jahr 2010 ist eher mit einer Stagnation als mit einer tatsächlichen Erholung auf den Vorkrisenstand zu vergleichen. In den Gegenden um Orlow oder in der Wolgograder Region waren ebenfalls scharfe Einbrüche in der Produktion zu verzeichnen (bis zu 25 % noch im Jahr 2009). Aus sozialpolitischer Sicht besonders kritisch ist die Situation in den Monostädten, bei denen das gesamte Leben von einem ökonomisch induzierten sozialen Infarkt bedroht war, der nur durch erhebliche staatliche Eingriffe abgewendet werden konnte. Hart schlug die Krise im Winter 2008 auch in den Metropolen Moskau und St. Petersburg zu. Hier trat der Erholungsprozess allerdings sehr schnell ein und die Städte erreichten zügig wieder das Vorkrisenniveau von Beschäftigung und Einkommenshöhe. Aufgrund der regionalen Differenzierung ihrer Auswirkungen bestand eine wesentliche Folge der Krise darin, dass der Umfang der regionalen Transfers stark zunahm und damit zugleich auch die Tiefe der Widersprüche im föderalen Aufbau der Republik.

Dass die sozialen Auswirkungen der Krise letztlich weniger dramatisch ausfielen, als zunächst im Winter 2008 angenommen, hängt nicht zuletzt mit einem erheblichen Rückgriff auf staatliche Finanzen zusammen. Dazu wurden die nationalen Reserven stark belastet. Der Reservefonds ist dadurch mittlerweile auf ein stabil niedriges Niveau von ungefähr 25 Milliarden USD gesunken. Der Wohlstandsfonds hat sich, wie Grafik 25 zu entnehmen ist, ebenfalls deutlich vermindert. Es scheint, dass eine erneute schlagartige Belastung, in der Art wie sie im Winter 2008 auftrat, die Leistungsfähigkeit der russischen Wirtschaft und ihrer Reserven übersteigen würde. Ein zweites Mal wird es evtl. nicht möglich sein, zwei wesentliche Ziele der russischen Politik gleichzeitig zu realisieren: Nämlich sowohl einen stabilen Außenwert der Währung, als auch zugleich eine kontinuierliche Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung – oder zumindest die Stabilität des bisher erreichten »Wohlstands« – zu gewährleisten.

Panem et Sotschi?

Die Sicherung gewisser sozialer Minimalstandards und des sozialen Fortschritts gilt der russischen Politik – neben der unablässigen Propagierung eines russischen Patriotismus – als unverzichtbare Bedingung stabiler Herrschaft, auch wenn (genauer: weil!) sich die Herrschaftseliten an wirtschaftsliberalen Zielen orientieren. Was die politische Loyalität der russischen Bevölkerung gegenüber dem russischen Staat angeht, so hatte die Entwicklung bis zu Beginn der Krise eigentlich zunächst auch recht positiv für die herrschenden Eliten ausgesehen. Neue Ansätze zu einer unabhängigen gewerkschaftlichen Organisation und Keime sozialer Kämpfe, die sich in den Jahren 2007 und 2008 abgezeichnet hatten, verloren im Zuge der Krise wieder deutlich an Dynamik und wurden in Bewegungen überführt, die eher an staatliche Zuständigkeit und Macht zur Hilfe appellierten, als ein außerparlamentarisches Protestpotential aufzubauen.

In den Jahren 2007 und 2008, also direkt im Vorfeld der Krise, hatte das erste Mal seit längerer Zeit die Menge und Intensität der Arbeitskämpfe wieder zugenommen. Bemerkenswert war hier etwa im Fall der Ford-Betriebe bei Sankt Petersburg, dass in modernen, neuen Betrieben relativ junge Belegschaften mit jungen und dynamischen Anführern Arbeitskämpfe aufgenommen hatten, und dabei deutliche Erfolge verzeichnen konnten.²

Diese Arbeitskämpfe zielten typischerweise auf die Ausnutzung einer günstigen konjunkturellen Lage der betroffenen Betriebe zu Gunsten der Beschäftigten ab und konnten einige bemerkenswerte Erfolge verbuchen. Die Welle von Streiks und neuer Organisationsformen von Arbeitern in der russischen Föderation erwies sich dann jedoch nur als ein vorübergehendes Phänomen und nahm mit Einsetzen der Krise 2008 wieder ab. Stattdessen überwogen ab dem Winter 2008 Verteidigungskämpfe, etwa um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Mit Protestformen wie etwa der Besetzung von Kreuzungen, wurde versucht, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Probleme einer verzweifelt ohnmächtigen Belegschaft zu lenken und so letztlich staatliche Behörden zum Eingreifen zu bewegen. Solche Aktionen appellieren an die sozialstaatliche Zuständigkeit der »Obrigkeit«. Dies war etwa in der hart von der Krise getroffenen Monostadt Pikaljowo der Fall, wo Putin sich dann als konsequenter, sozial verantwortlicher und dem Kapital gegenüber machtbewusster Politiker darstellte, der sich um »seine«

Über den Autor:

Dr. Jakob Fruchtman ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa und leitet dort das von der DFG finanzierte Projekt »Transformation als Monetarisierung«.

Arbeiter kümmert und »mit harter Hand« für sie sorgt, indem er gegen den »Oligarchen« Oleg Deripaska die Auszahlung der Löhne durchsetzt.

Es scheint, dass eine mögliche Eskalation sozialer Konflikte im Zuge der Krise durch den massiven Einsatz von Geld und der Demonstration sozialer »Fürsorglichkeit« von Seiten der Politik abgewendet werden konnte. Zeitweise sah es so aus, als ob die politische Führung wenn, dann eher Probleme mit einer »überschießenden«, nämlich rechtsradikalen Reaktion der Bevölkerung auf die ständige patriotische Propaganda bekommen würde.

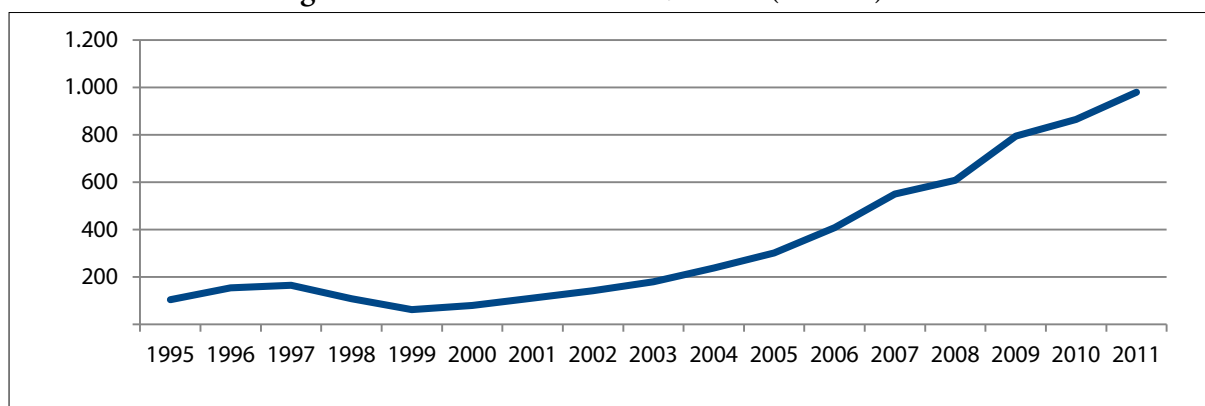
Tatsächlich wurde die politische Loyalität in Teilen der Bevölkerung von einer ganz anderen Seite her fraglich. Andere soziale Bewegungen und Protestbewegungen nahmen nicht wieder ab, sondern erfuhren im selben Zeitraum einen fortgesetzten Aufschwung: Hier sind neben den Auseinandersetzungen im Bereich des kommunalen Wohnungsbaus und Protestaktionen im Bereich des Umweltschutzes (vgl. die Auseinandersetzungen um den Bau der Trasse Moskau – St. Petersburg durch den »Chimki«-Wald) vor allem die Demokratisierungsbewegung zu nennen. Insgesamt überwiegen somit Aktivitäten, die nicht auf den sozialen Bereich konzentriert sind. Solche Bürgerbewegungen, die in erster Linie nicht auf soziale Konflikte zielen, sich aber kritisch zur Staatsmacht stellen, wecken, wie man den staatlichen Reaktionen entnehmen kann, bei den Autoritäten die dunkelsten »Orangen« Befürchtungen, Ängste vor einer destruktiven »ausländischen Einflussnahme«, wie sie von den russischen Eliten in der Ukraine 2004 wahrgenommen wurde.

Ironischerweise schienen die verschiedenen Auseinandersetzungen des Staats mit der außerparlamentarischen Opposition zunächst unter Kontrolle zu sein. Die Regierung unter Premierminister Putin konnte verhindern, dass außerparlamentarische Protestbewegungen und innerelitäre Konflikte sich mit sozialen Protesten verbanden. In diesem Sinne war die Sozialpolitik in Russland in der Krise ausgesprochen erfolgreich. Womit die Autoritäten jedoch nicht gerechnet hatten war, dass die Elitenkonflikte sich so machtvoll auf das Feld der *nicht* sozialen Protestbewegung ausweiten würden, gerade im Zusammenhang mit den Wahlen. Dies zeigt aber auch zugleich, dass das Potential der aktuellen Bewegung – vorerst – auf bestimmte Regionen und Bevölkerungskreise, ebenso wie auf bestimmte Protestformen beschränkt ist.

2 Die Zunahme der Streiks ist der offiziellen staatlichen Statistik nicht zu entnehmen, da hier nur legale Streiks registriert werden, zugleich aber Streiks nach der neuen Arbeitsgesetzgebung praktisch kaum noch legal durchführbar sind. Ein jüngeres Beispiel ist GM St. Petersburg, hier wurde zur Abschaffung der Prämienzahlung zugunsten einer regulären Lohnzahlung, sowie für die Abschaffung des Jahresarbeitszeitkontos zugunsten einer regulären 40-Stunden-Woche ein Bummelstreik (Dienst nach Vorschrift) organisiert, die Anführer zahlten allerdings mit ihrer Entlassung.

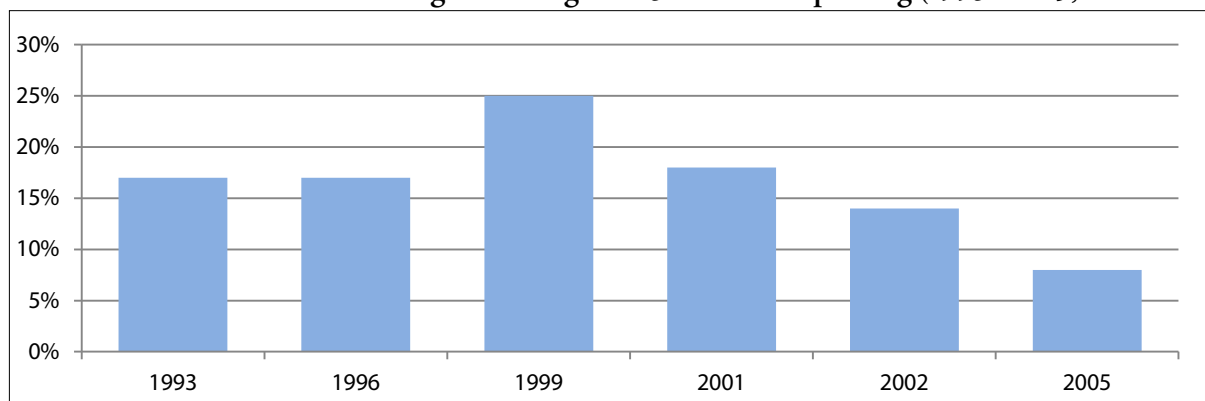
Wohlstandsniveau und Sozialpolitik in Russland

Grafik 21: Entwicklung des Durchschnittslohns 1995–2011 (in USD)



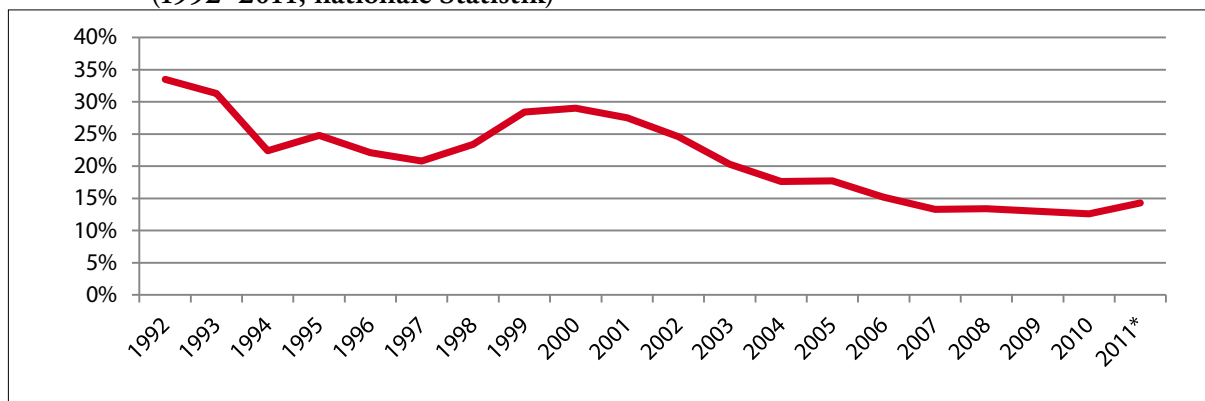
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition (BOFIT), http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

Grafik 22: Anteil der Bevölkerung mit weniger als 3 US-Dollar pro Tag (1993–2005, Weltbank)



Quelle: Weltbank, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/EXTPOVERTY/0,,contentMDK:22569498~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:336992,00.html>

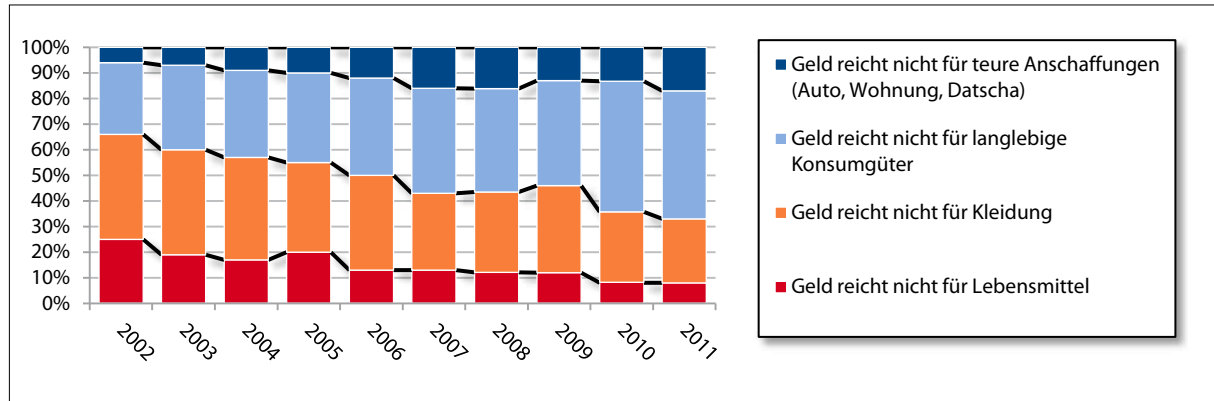
Grafik 23: Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums (1992–2011, nationale Statistik)



* 3. Quartal

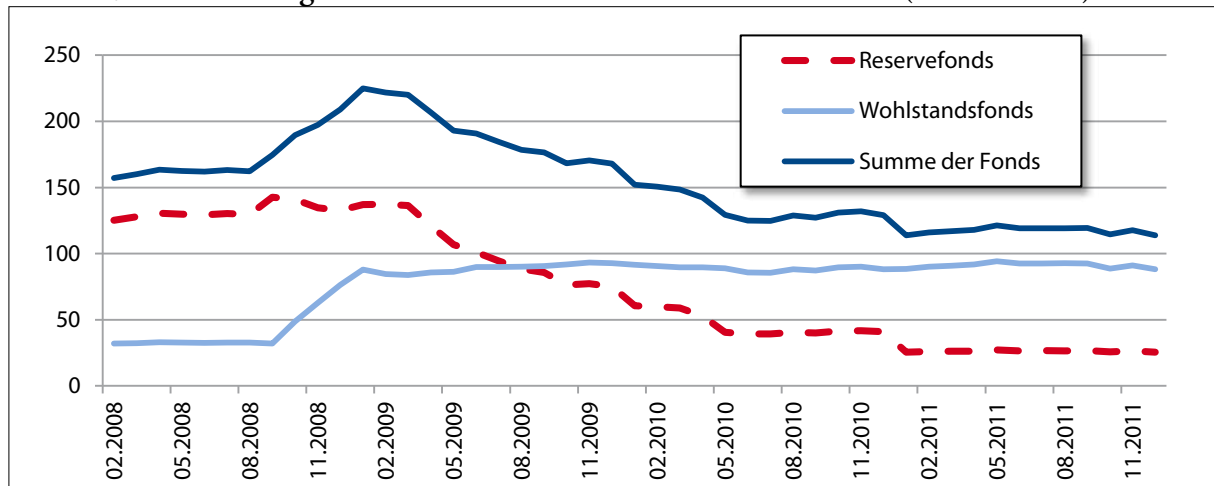
Quelle: Russischer Staatlicher Dienst für Statistik (Roskomstat), http://www.gks.ru/free_doc/new_site/population/urov/urov_51g.htm

Grafik 24: Die Einschätzung der russischen Bevölkerung zu den eigenen finanziellen Möglichkeiten



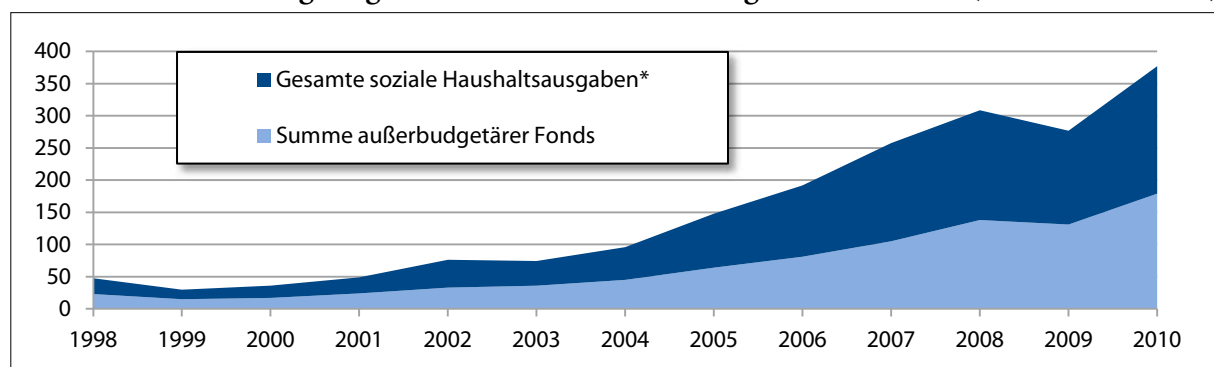
Quelle: repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums (Werte jeweils für Januar), <http://www.levada.ru/press/2011020409.html>

Grafik 25: Entwicklung von Reserve- und Wohlfahrtsfond 2008–2011(in Mrd. USD)



Quelle: Russisches Finanzministerium, Reservefonds: <http://www1.minfin.ru/ru/reservefund/statistics/volume/index.php?id4=5796>, Wohlfahrtsfonds: <http://www1.minfin.ru/ru/nationalwealthfund/statistics/volume/index.php?id4=6412>

Grafik 26: Entwicklung der gesamten staatlichen Sozialausgaben 1998–2010 (in Mrd. US-Dollar)



* ohne innerbudgetäre Transfers (ab 2005 in der staatlichen Statistik enthalten)

Quelle: Roskomstat, eigene Berechnungen, Jahresdurchschnittskurs des USD: 1992–1994 Roskomstat, ab 1995: www.oanda.co, http://www.gks.ru/bgd/regl/b08_51/lssWWW.exe/Stg/02-01.htm, http://www.gks.ru/bgd/regl/b04_51/lssWWW.exe/Stg/d010/i010070r.htm, http://www.gks.ru/bgd/regl/b02_51/lssWWW.exe/Stg/d010/i010050r.htm

Erste Erklärung der Assoziation GOLOS zu den Ergebnissen der Langzeitbeobachtung der lokalen Wahlen sowie der Präsidentschaftswahlen, 4. März 2012

Moskau, 30. Januar 2012,

Die Assoziation GOLOS führt eine Langzeitbeobachtung des Ablaufs der Präsidentschaftswahlen durch. Sie wird von 48 Langzeitbeobachtern umgesetzt, durch Korrespondenten der Zeitung »Grashdanskij golos« [dt.: Bürgerstimme] und Aktivisten der Assoziation GOLOS, die eine entsprechende Schulung durchlaufen haben. GOLOS schöpft seine Informationen aus den Medien, aus Experteninterviews mit Vertretern politischer Parteien, Leitern von Nichtregierungsorganisationen und Mitgliedern von Wahlkommissionen sowie aus Berichten von Bürgern, die während des Wahlprozesses Verstöße beobachtet und dies Vertretern von GOLOS persönlich oder auf der »Karte der Verstöße«, einem Projekt der Assoziation GOLOS, mitgeteilt haben.

Die Assoziation richtet ihre Aufmerksamkeit bei der Wahlbeobachtung vor allem auf folgende Aspekte:

1. Die Wahrung der Wählerrechte der Bürger und der Einhaltung der Wahlprozeduren;
 2. Die Arbeit der Wahlkommissionen;
 3. Den Einsatz administrativer Ressourcen während des Wahlprozesses;
 4. Die Gewährleistung gleicher Möglichkeiten für die Kandidaten und Parteien im Wahlkampf;
 5. Die Einhaltung der Prozeduren bei der Stimmabgabe, der Stimmauszählung und der Bekanntgabe der Wahlergebnisse.
- Dies ist die erste einer Reihe von Erklärungen, die den Ablauf des Wahlprozesses festhalten sollen.*

Bis zum Ende des Wahlprozesses wird die Assoziation GOLOS mindestens zwei weitere Erklärungen zur Beobachtung der Wahlkampfphase sowie des Wahltages veröffentlichen.

Zum Ausgang der Wahlen wird die Assoziation GOLOS einen analytischen Bericht vorlegen, in dem alle erhaltenen Dokumente und Unterlagen zusammengestellt und analysiert werden sollen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei Verstößen gegen die Prinzipien freier und demokratischer Wahlen während sämtlicher Phasen des Wahlprozesses gewidmet. Mit den Berichten von GOLOS zu vorherigen Wahlen können Sie sich unter der Adresse <http://www.golos.org/elections> vertraut machen.

Nominierung und Registrierung der Kandidaten: Ergebnisse und Schlussfolgerungen

- Die Assoziation GOLOS hebt hervor, dass ungeachtet der mehrfach geäußerten Kritik am undemokratischen Charakter des derzeit geltenden Verfahrens zur Nominierung und Registrierung der Kandidaten sowie anderer Prozeduren bei der Wahl des russischen Präsidenten, der am 4. März 2012 erstmals auf sechs Jahre gewählt wird, *keinerlei substantielle positive Veränderungen der Wahlgesetzgebung erfolgt sind.* Diese sind von der Regierung erst für die nächsten Wahlen 2018 in Aussicht gestellt worden.
- Die Reglementierung des Verfahrens zur Wahl des Präsidenten ist in der derzeit gültigen Fassung des Gesetzes »Über die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation« überzogen; die erforderliche penible Einhaltung aller per Gesetz eingeführten Beschränkungen macht praktisch nur die Registrierung jener Kandidaten möglich, die von einer der Dumaparteien nominiert wurden (diese sind laut Gesetz von der Sammlung von Unterstützerunterschriften befreit), oder denen die Zentrale Wahlkommission eindeutig wohlgesonnen ist. Insbesondere bei der derzeit geltenden Regel von maximal zulässigen 5 % »Ausschuss« unter den geprüften Unterschriften, erscheint die Registrierung eines Kandidaten, der auf Unterschriftenlisten angewiesen ist, nur dann möglich, wenn die Zentrale Wahlkommission diesem Kandidaten eindeutig gewogen ist. Zudem ist es in Russland Praxis, dass sowohl unechte (falsche) Unterschriften als Ausschuss gewertet werden (und dies lediglich aufgrund entsprechender Meinungen von Experten), als auch jene Unterschriften, die real von tatsächlich existierenden Wählern geleistet wurden, jedoch diese oder jene handschriftlichen Vermerke oder Korrekturen technischer Art aufweisen.
- Unter diesen Umständen hängt die Frage, ob eine bestimmte Anzahl von Unterschriften als Ausschuss gewertet wird, allein vom Willen der Prüfenden ab. Den Kandidaten wird für die Sammlung von 2 Millionen Unterschriften lediglich ein Zeitraum von ungefähr einem Monat eingeräumt.
- *Das Verfahren zur Registrierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen ist das deutlichste Beispiel für die rechtliche Ungleichbehandlung von Kandidaten der außerparlamentarischen Parteien sowie Kandidaten, die sich selbst nominiert haben, gegenüber jenen der Dumaparteien – angefangen bei der stark überzogenen und unter den derzeit herrschen-*

- den Umständen real nicht leistbaren Anzahl der erforderlichen Unterstützerunterschriften¹ bis hin zu den ungleichen Möglichkeiten der Kandidaten bei der Benennung von Vertrauenspersonen oder den Fristen für die Wahlhandlungen.
- Hierdurch teilen sich die Kandidaten von Anfang an in drei nicht gleichberechtigte Gruppen (Dumaparteien, außerparlamentarische Parteien, selbsternannte Kandidaten), und die selbsternannten Kandidaten sind hier am verwundbarsten. Ein Kandidat hat das Recht, 600 Vertrauenspersonen zu benennen. Eine politische Partei, die einen Kandidaten nominiert, kann ihrerseits 100 Vertrauenspersonen benennen. So kann ein durch eine Partei nominierter Kandidat insgesamt über bis zu 700 Vertrauenspersonen verfügen.
 - Bei einer Selbstnominierung muss der Kandidat eine Wählergruppe von mindestens 500 wahlberechtigten Bürgern Russlands versammeln. Über Ort und Zeit, zu der sich diese Gruppe konstituiert, muss die Zentrale Wahlkommission oder die Wahlkommission des Föderationssubjekts, in dem die Versammlung stattfinden soll, mindestens fünf Tage vor dem geplanten Treffen in Kenntnis gesetzt werden. Dadurch kann bei entsprechendem Willen die Versammlung einer beliebigen Initiativgruppe zum Scheitern gebracht werden, nämlich dadurch, dass die Durchführung am vorgesehenen Ort verhindert wird (dieses kann der Kandidat bereits nicht mehr ändern).
 - *Zusammengenommen führen die ungerechtfertigt strengen Gesetzesbestimmungen, die allgemeine Verringerung der Zahl politischer Parteien und die knappe Zeit zwischen den beiden Wahlen zu einer wenig repräsentativen Zusammensetzung der Präsidentschaftskandidaten und zu einem mangelnden Wettbewerb, der in diesem Jahr – wie schon 2008 – weniger gegeben ist als bei allen anderen Präsidentschaftswahlen seit 1991.*
 - Die Assoziation GOLOS weist darauf hin, dass die realen Umstände, unter denen die erforderliche Unterschriftenzahl zu sammeln ist, nach Angaben der regionalen Koordinatoren in vielen Regionen zu großen Zweifeln Anlass geben.
 - Einen Beleg für den Einsatz administrativer Ressourcen stellt bereits die Tatsache dar, dass die Gesetze zu den Präsidentschaftswahlen ganz mit Blick auf die Interessen der herrschenden Regierung verfasst wurden, und dass diese Gesetze es möglich machen, nur jene Opponenten des von der Regierung unterstützten »Hauptkandidaten« zu registrieren, die der herrschenden Elite genehm sind. Die Wahlen sind praktisch zu einem Referendum mit imitierter Konkurrenz gemacht worden, die keine reale Bedrohung für diesen einen Hauptkandidaten darstellt.
 - *Alle Versuche von nicht durch den Kreml sanktionierten Kandidaten an der Wahl teilzunehmen, sind im Grunde auf administrativem Wege unterbunden worden, indem ihnen die Nominierung und Registrierung praktisch unmöglich gemacht wurde.*
 - Ungeachtet der massenhaften Proteste gegen den Ausgang der Wahlen vom 4. Dezember 2011 und ungeachtet der Versuche der Regierung, in einer Reihe von Punkten einzelne Maßnahmen für eine politische Liberalisierung und eine Verbesserung der Wahlprozeduren zu versprechen, ist die Vertikale der unter aktiver Beteiligung der Exekutive gebildeten Wahlkommissionen unangetastet geblieben. Die übel wollendsten Leiter der Wahlkommissionen haben alle ihre Posten behalten. Gleichzeitig wird weiterhin versucht, offenen Druck auf Vertreter der Opposition und Aktivisten unabhängiger Nichtregierungsorganisationen auszuüben und sie einzuschüchtern.
 - Es fällt auf, dass eine große Zahl Kandidaten der Partei »Einiges Russland« von einer Teilnahme an den Kommunalwahlen Abstand nehmen (in einigen Kommunen nominiert die Partei keinen einzigen Kandidaten). Gleichzeitig kommt es bei der Registrierung der Kandidaten für die Kommunalwahlen zu beträchtlichen »Säuberungen« unter den unabhängigen Bewerbern.
 - Den aus den Regionen eingehenden Informationen zufolge wird die verhängnisvolle Praxis beibehalten, dass die Zentralregierung den regionalen Verwaltungen informell »Planvorgaben« für die Wahlbeteiligung und den Stimmenanteil des »benötigten« Kandidaten auferlegt (es kursieren Zahlen von 60 bis 65 %). In den Regionen hat es eine Welle von Entlassungen gegeben, bei denen Vertreter der Verwaltungsbürokratie abgelöst wurden, die bei den Wahlen am 4. Dezember 2011 »kein ausreichend gutes Ergebnis« für die Partei »Einiges Russland« gewährleistet hatten.
 - *Die Tätigkeit aller führenden Medien ist praktisch darauf ausgerichtet, unter dem Anschein einer Berichterstattung über die berufliche Tätigkeit des einen Kandidaten Wahlkampf für diesen zu betreiben.* Laut Präsidentschaftswahlgesetz beginnt jedoch für einen Kandidaten die Phase des Wahlkampfes mit dem Tag seiner Nominierung und endet um null Uhr Ortszeit am Tag vor dem Wahltag. Ebenso muss ab Zeitpunkt der Nominierung der Wahlkampf aus dem Wahlkampfhaushalt des Kandidaten bestritten werden. Wahlwerbung in Rundfunk und Fernsehen sowie den Printmedien kann zudem nur in einem Zeitraum betrieben werden, der 28 Tage vor dem Wahltag beginnt.

Übersetzung: Hartmut Schröder

¹ Dass eine solche Schlussfolgerung zutrifft, zeigt der Vorschlag aus der Ansprache des Präsidenten an die Föderale Versammlung vom 22. Dezember 2011, der für die nächsten Wahlen eine wesentliche Reduzierung der zur Registrierung eines Kandidaten erforderlichen Unterstützerunterschriften beinhaltete. Ein entsprechender Gesetzesentwurf ist eingebracht. Dieser Initiative zufolge soll die Zahl der Unterschriften für Kandidaten von Parteien 100.000 zukünftig betragen und für selbsternannte Kandidaten auf 300.000 gesenkt werden.

Druck auf GOLOS

Zwei Wochen vor dem Wahltag der russischen Präsidentschaftswahlen wird der Druck auf das einheimische Wahlbeobachtungsnetzwerk der Assoziation GOLOS erheblich verstärkt. Am 16. Februar 2012 musste die Organisation ihr Büro räumen. Der ursprünglich bis Ende August bestehende Mietvertrag wurde vom Eigentümer, der Wochenzeitung »Literaturnaja Gazeta«, überraschend beendet. GOLOS hat inzwischen ein Übergangsbüro bezogen, das von einer Partnerorganisation zur Verfügung gestellt wurde.

Bereits im Januar hatten das Justizministerium und der Föderale Dienst für Aufsicht im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskonnadsor) Überprüfungen der Organisation GOLOS und der Zeitung »Graschdanskij Golos«, deren Korrespondenten für GOLOS die Wahlen beobachten, durchgeführt.

Bei den Mitgliedsorganisationen der Assoziation GOLOS, die die Wahlbeobachtung in den Regionen von Moskau, Pskow und Samara koordinieren, wurden außerordentliche Steuerprüfungen eingeleitet. Die regionalen Gruppen in Tscheljabinsk und Nowosibirsk wurden durch die Staatsanwaltschaft überprüft. Nach Angaben von GOLOS soll die Partei »Einiges Russland« bei der Generalstaatsanwaltschaft eine Überprüfung der gesamten Assoziation GOLOS und der Moskauer Helsinki Gruppe gefordert haben.

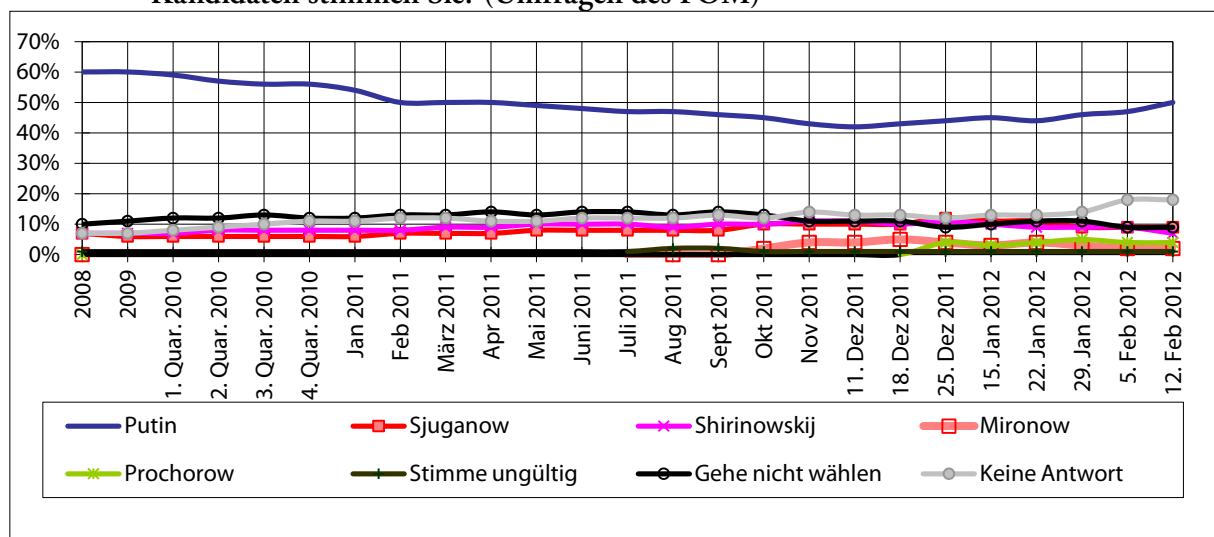
GOLOS vermutet, dass die Dokumentenprüfungen in den regionalen Gruppen Vorboten einer umfassenden Überprüfung der gesamten Assoziation GOLOS sind. Dabei würden systematisch Belege für angebliche Rechtsverstöße gesammelt. Laut Angaben von GOLOS gibt es ernstzunehmende Hinweise, dass die politische Führung Russlands zwar vor dem Wahltag am 4. März einen Skandal um die einheimische Wahlbeobachtung vermeiden will, nach dem Wahltag jedoch Schritte unternommen wird, die NGO zu demontieren.

Zusammenstellung der Informationen durch: Adam Busuleanu

UMFRAGE

Auf dem Weg zu den Präsidentschaftswahlen

Grafik 27: Am 4. März finden die Präsidentschaftswahlen statt. Gehen Sie wählen und für welchen Kandidaten stimmen Sie? (Umfragen des FOM)

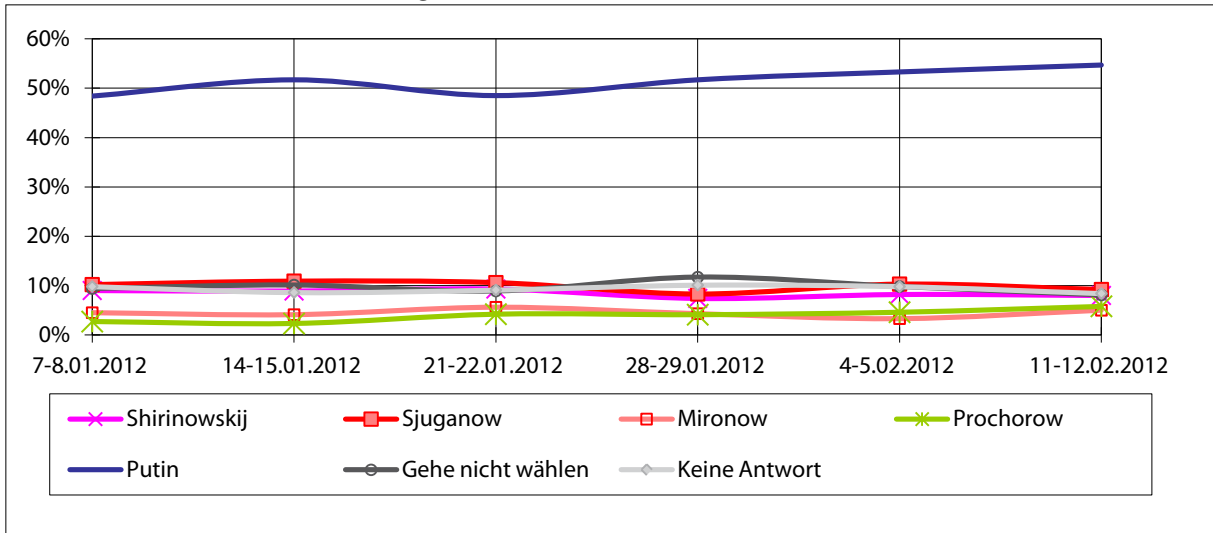


Werte vom 12. Februar 2012: Putin: 50 %, Sjuganow: 9 %, Shirinowskij: 7 %, Mironow: 2 %, Prochorow: 4 %, Stimme ungültig: 1 %, Gehe nicht wählen: 9 %, Keine Antwort: 18 %

Quelle: Umfragen der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 11.–12. Februar 2012,

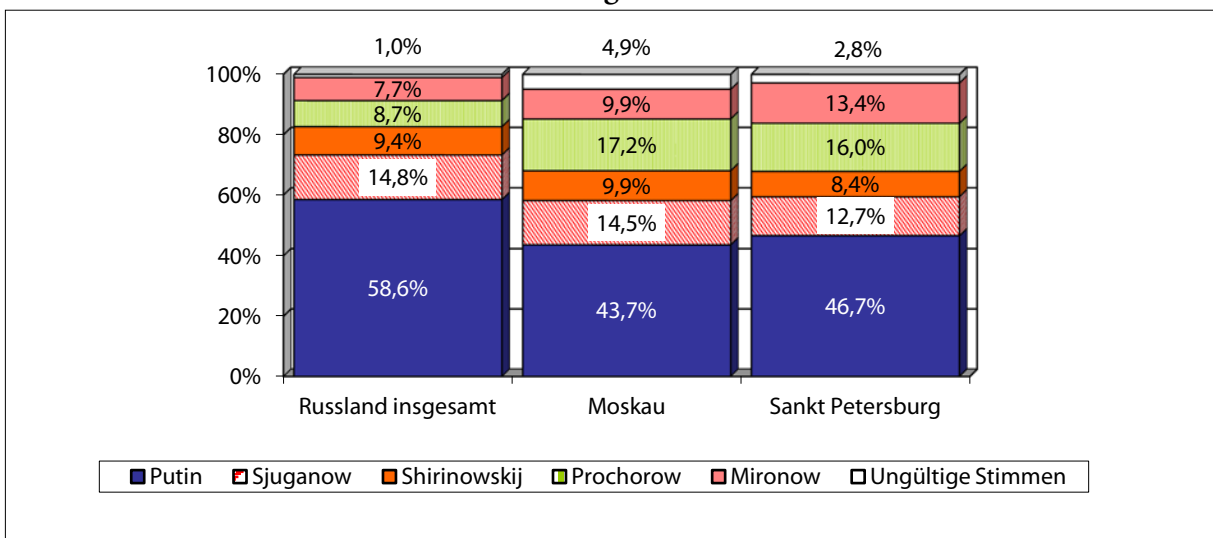
<http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom1206/d120601>

Grafik 28: Wenn nächsten Sonntag Präsidentenwahlen wären, für welchen Kandidaten würden Sie stimmen? (Umfragen des WZIOM)



Quelle: Umfragen des WZIOM, 11.–12. Februar 2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112497>

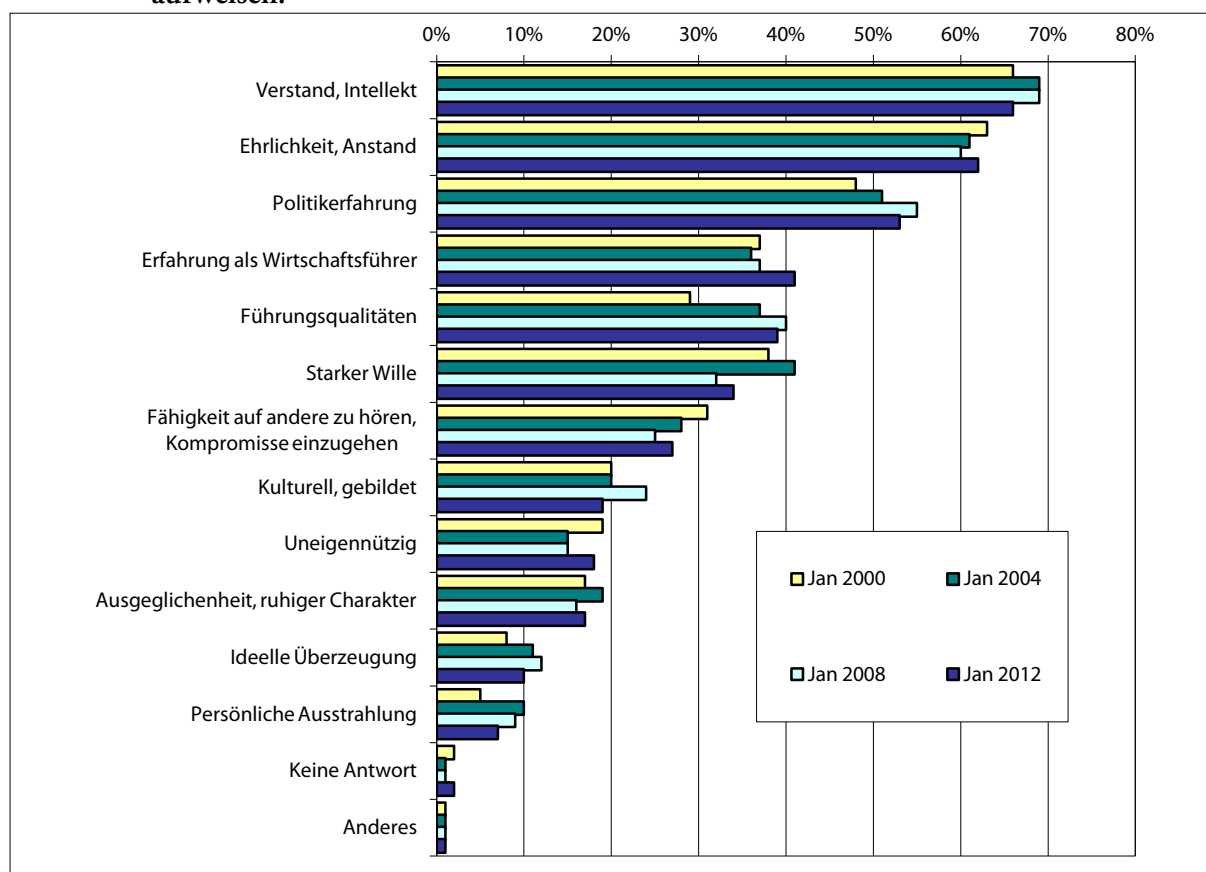
Grafik 29: Präsidentenwahlen am 4. März: Prognose des WZIOM vom 20. Februar 2012



Quelle: Umfragen des WZIOM, 11.–12. Februar 2012, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112504>

Erwartungen an den Präsidenten

Grafik 30: Welche persönlichen Qualitäten sollte Ihrer Meinung nach ein russischer Präsident aufweisen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2012, <http://www.levada.ru/02-02-2012/za-kakogo-politika-gotovy-progolosovat-rossiyane-i-chego-ozhidayut-ot-vyborov>

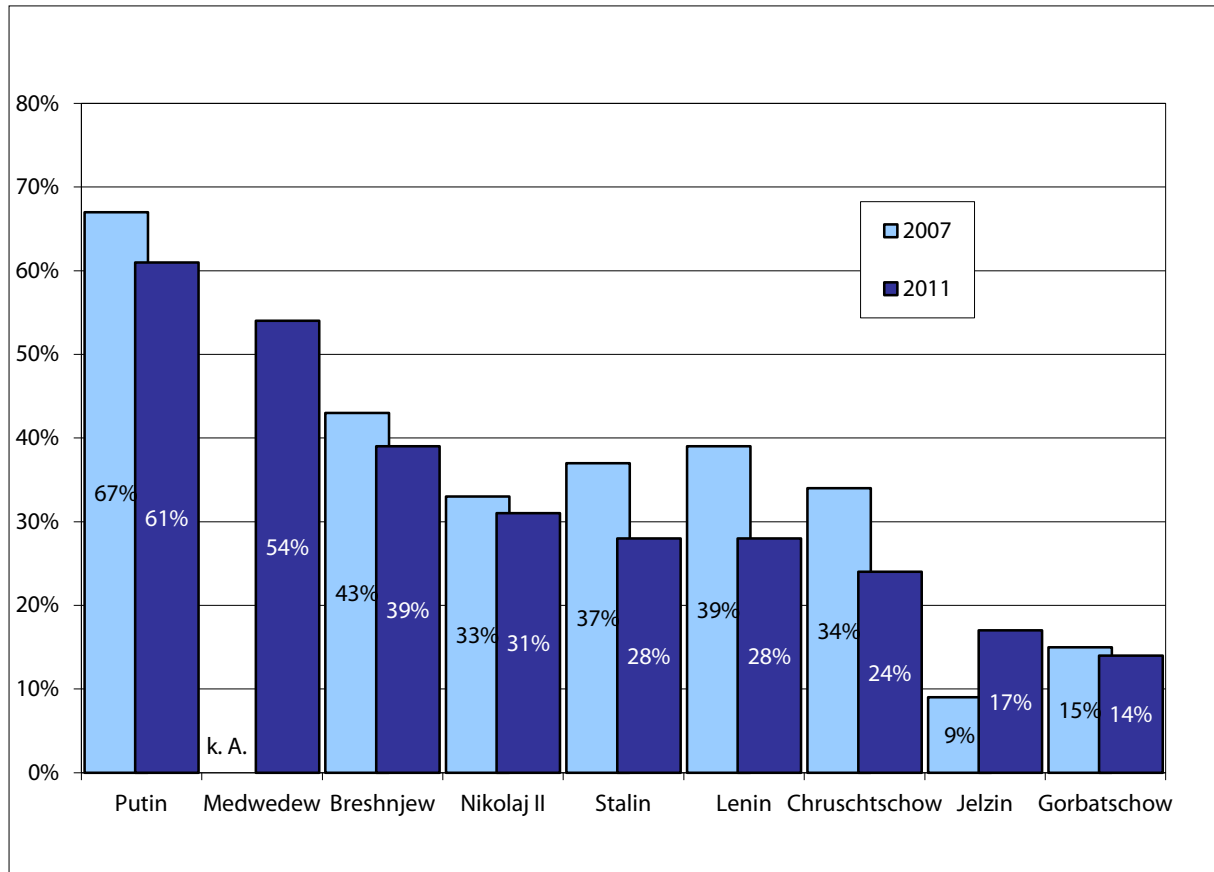
Tabelle 1: Was erwarten Sie in erster Linie von einem Präsidenten, den Sie wählen würden?

	Jan 2000	Jan 2004	Jan 2008	Jan 2012
Russland den Status einer anerkannten Großmacht zurückgeben	55 %	58 %	51 %	57 %
Stärkung von Gesetz und Ordnung	54 %	45 %	45 %	52 %
Eine gerechte Einkommensverteilung im Interesse der einfachen Leute	43 %	48 %	41 %	49 %
Die Rolle des Staates in der Wirtschaft verstärken	37 %	39 %	34 %	37 %
Fortsetzung der Reformen unter großer Rücksicht auf die soziale Absicherung der Bevölkerung	35 %	38 %	37 %	34 %
Den einfachen Leuten die Mittel zurückgeben, die sie während der Reformen verloren haben	38 %	41 %	28 %	29 %
Den Krieg in Tschetschenien beenden	56 %	43 %	23 %	18 %
Russland auf dem Weg der Reformen halten	12 %	11 %	15 %	16 %
Wiedervereinigung der ehemaligen Sowjetrepubliken fortsetzen	10 %	12 %	9 %	9 %
Annäherung an den Westen fortsetzen	8 %	7 %	6 %	5 %
Anderes	2 %	1 %	2 %	3 %
Keine Antwort	3 %	2 %	3 %	3 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Januar 2012, <http://www.levada.ru/02-02-2012/za-kakogo-politika-gotovy-progolosovat-rossiyane-i-chego-ozhidayut-ot-vyborov>

Der ideale Herrscher für Russland – gestern und heute

Grafik 31: Unter welchem Herrscher entwickelte sich unser Land in den vergangenen 100 Jahren in die richtige Richtung, unter welchem eher in die falsche? Anteil der positiven Einschätzungen (eine Antwortmöglichkeit je Person)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 29.–30. Oktober 2011, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112381>

Vom 9. bis zum 23. Februar 2012

09.02.2012	Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin tritt auf dem 19. Kongress der Russischen Union der Industriellen und Unternehmer auf. Er schlägt u. a. vor, die Feiertage nach dem orthodoxen Weihnachtsfest im Januar in den Mai zu verlegen. Außerdem plädiert er, die Frage der Legitimität der Privatisierung in den 1990er Jahren in Zukunft ruhen zu lassen.
10.02.2012	Nach Angaben von Innenminister Raschid Nurgalijew ist dem russischen Staat durch in Strafverfahren nachgewiesene Korruptionsfälle im Jahr 2011 ein Gesamtschaden von vier Mrd. Rubel (ca. € 100 Mio.) entstanden. Die durchschnittliche Bestechungssumme vervierfachte sich auf 236.000 Rubel (ca. € 6000).
10.02.2012	Präsident Dmitrij Medwedew entlässt Generaloberst Michail Suchodolskij, Leiter der Hauptverwaltung des Innenministeriums (d. h. Polizeichef) für St. Petersburg und das Leningrader Gebiet.
11.02.2012	Im Rayon Karabudachkent (Dagestan) werden bei einer Spezialoperation russischer Sicherheitskräfte vier Untergrundkämpfer getötet. Ein Soldat wird getötet, ein weiterer verletzt. Wenige Tage später wird die Leiche von Ibragimchalil Daudow, selbsternannter Anführer des »kaukasischen Imarats«, gefunden.
11.02.2012	Tiny Kox, Vorsitzender der Wahlbeobachtermision der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) für die Präsidentschaftswahlen in Russland, teilt mit, dass Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin keine Zeit für ein Treffen mit den Wahlbeobachtern der PACE hat.
13.02.2012	Der Ministerpräsident und Präsidentschaftskandidat Wladimir Putin veröffentlicht in der »Komsomolskaja Prawda« einen Artikel mit dem Titel »Bau der Gerechtigkeit. Eine Sozialpolitik für Russland«. In diesem vierten programmatischen Artikel befasst er sich mit Sozialpolitik und kündigt Maßnahmen zum Bevölkerungswachstum sowie Gehaltserhöhungen für Angestellte an staatlichen Universitäten, eine Erhöhung der staatlichen Stipendien und eine Senkung der Wohnungskosten an. Putin spricht sich zudem gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters aus.
13.02.2012	Wladimir Putin verweigert die Teilnahme an den Fernsehdebatten der Kandidaten. Zu einer Fernsehdebatte mit Prochorow über Kulturfragen entsendet er als seinen Vertreter den Regisseur Nikita Michalkow. Michail Prochorow beauftragt seine Schwester, Irina Prochorowa, die das intellektuelle Duell um Längen gewinnt.
14.02.2012	Bei Feuergefechten zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften an der Grenze zwischen Dagestan und Tschetschenien werden drei tschetschenische Polizisten getötet und weitere verletzt.
14.02.2012	»Gazprom Media«, Mehrheitseigentümer des liberalen Radiosenders »Echo Moskau«, verlangt von diesem eine vorzeitige Neuwahl des Aufsichtsrates Ende März und die Ablösung der unabhängigen Vertreter Jewgenij Jasin, wissenschaftlicher Leiter der Higher School of Economics, und Alexander Makowskij, Jurist. Als Nachfolger für deren Stellen sind Vadim Semjonow, Leiter von »Swjasinwest« und Kommilitone Dmitrij Medwedews sowie Jewgenij Trubin, ehemaliger Leiter von »Lenisdat« im Gespräch. Aus Protest geben Alexej Wenediktow und Wladimir Warfolomejew, der Chefredakteur und sein Stellvertreter, ihre Aufsichtsratsposten zurück, der Generaldirektor Jurij Fedutinow wird als Nachfolger vorgeschlagen. Die Mehrheitsverhältnisse im Aufsichtsrat verschieben sich damit in Richtung »Gazprom Media«.
14.02.2012	Der Leiter der Abteilung des föderalen Migrationsdienstes im Gebiet Wladimir wird entlassen, nachdem er am 12. Februar die französische Journalistin Anne Nivat wegen angeblichen Verstoßes gegen die Visabestimmungen ausgewiesen hat. Nivat hatte sich mit Oppositionspolitikern getroffen, um für ihr neues Buch zu recherchieren.
14.02.2012	MTV-Russland nimmt die Talkshow-Sendung »Gosdep« (State Department) von Ksenja Sobtschak, Tochter des ehemaligen St. Petersburger Bürgermeisters Anatolij Sobtschak, nach nur einer Sendung aus dem Programm. Für den 17. Februar war ein Gespräch mit dem Blogger und Oppositionspolitiker Alexej Nawalnij geplant gewesen.
15.02.2012	Bei erneuten Kampfhandlungen zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften an der Grenze Tschecheniens zu Dagestan werden vier Soldaten getötet.
15.02.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft mit Vertretern registrierter politischer Parteien zusammen und bespricht mit ihnen Gesetzesänderungen zu politischen Reformen.
15.02.2012	Michail Dmitrijew, Direktor des föderalen Dienstes für militärtechnische Zusammenarbeit, gibt bekannt, dass Russland im Jahr 2011 Rüstungsgüter im Wert von US\$ 13,2 Mrd. verkauft hat und damit »der Plan übererfüllt« wurde. Dies ist ein Anstieg von 27 % gegenüber 2010 (US\$ 10,4 Mrd.). Wenige Tage zuvor hat das Russische Zentrum für Strategie- und Technologieanalysen die russischen Rüstungsexporte im Jahr 2012 auf US\$ 14 Mrd. geschätzt.
16.02.2012	Präsident Dmitrij Medwedew legt der Staatsduma einen Gesetzesentwurf vor, nach dem die Dumaabgeordneten in Zukunft in 225 Wahlkreisen nach Verhältniswahl gewählt werden, die regionale Vertretung somit gestärkt wird. Die Sperrklausel soll wieder auf 5 % gesenkt werden. Parteien müssen zudem keine Unterschriftenlisten mehr einreichen.
16.02.2012	Die Präsidentschaftskandidaten Michail Prochorow und Gennadij Sjuganow (KPRF) vereinbaren eine Zusammenarbeit mit der »Wählerliga« zur Bereitstellung von Mandaten für Wahlbeobachter am Wahltag.
17.02.2012	Bei einer Spezialoperation in Nartkala (Kabardino-Balkarien) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.

17.02.2012	An der tschetschenisch-dagestanischen Grenze werden sieben Untergrundkämpfer, darunter Magarbi Timiralijew, genannt »Abudar«, einer der Anführer, getötet. Nach Angaben des tschetschenischen Republikoberhauptes Ramzan Kadyrow wurden die Tage zuvor schon 13 Kämpfer getötet. Auf Seiten der Sicherheitskräfte wurden im Verlauf der vergangenen drei Tage 17 Soldaten getötet und 24 verletzt.
18.02.2012	In mehreren Städten Russlands finden Demonstrationen für Stabilität und Wladimir Putin statt. In St. Petersburg organisieren Gewerkschaften eine Versammlung mit dem Motto »Wir brauchen keine große Erschütterung, wir brauchen ein großes Russland!« mit ca. 50.000 Teilnehmern.
18.02.2012	Ein Netzwerk von Anhängern Wladimir Putins versammelt sich mit seinen Autos auf dem Moskauer Sacharow Prospekt. Anschließend findet eine Autorallye zur Unterstützung Wladimir Putins statt. Etwa 1.000 Fahrzeuge nehmen an dieser »aWWtoParty« teil. »WW« steht für Wladimir Wladimirowitsch (Putin).
19.02.2012	Auf dem Moskauer Gartenring findet eine Autorallye »Für ehrliche Wahlen« statt, an der ca. 200 Fahrzeuge teilnehmen. Die Verkehrspolizei wirft den Teilnehmern Verkehrsbehinderung und die Verursachung von Verkehrsunfällen vor.
20.02.2012	Kremltreue Jugendbewegungen reichen im Moskauer Bürgermeisteramt Anträge für Versammlungen an mehreren zentralen Plätzen der Hauptstadt am Tag der Präsidentschaftswahlen sowie am Folgetag ein.
20.02.2012	Wladimir Putin veröffentlicht einen weiteren programmatischen Artikel in der Rossijskaja Gaseta zum Thema »Stark sein: eine Garantie der nationalen Sicherheit Russlands«. Er kündigt für die kommenden zehn Jahre eine umfassende Erneuerung der Streitkräfte an. Dafür und für die Modernisierung des militär-industriellen Komplexes werden im kommenden Jahrzehnt 23 Billionen Rubel (ca. € 580 Mrd.) bereitgestellt. Putin betont Russlands Anspruch auf nukleare Parität: »Wir werden unter keinen Umständen auf das Potential der strategischen Abschreckung verzichten.«
20.02.2012	Präsident Dmitrij Medwedew trifft bei Moskau mit Vertretern nicht registrierter Parteien zusammen, um über die Entwicklung des politischen Systems in Russland zu sprechen. Unter den Teilnehmern sind Boris Nemzow, Partei der Volksfreiheit (PARNAS), Wladimir Ryshkow, ehemals Republikanische Partei Russlands und der Co-Vorsitzende von PARNAS, Sergej Udaltow, Linke Front.
21.02.2012	Präsidentschaftskandidat Michail Prochorow kündigt die Gründung einer unabhängigen Partei an.
21.02.2012	Dmitrij Muratow, Chefredakteur der unabhängigen Zeitung »Nowaja Gaseta« gibt bekannt, dass die Finanzierung der Zeitung unterbrochen wurde. Ursache ist die in dieser Form präzedenzlose Überprüfung der »Nationalen Reservebank«, die Alexander Lebedew gehört, durch die russische Zentralbank. Lebedew ist Co-Eigentümer und wichtigster Finanzier der Zeitung.
22.02.2012	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft mit Kommandeuren der russischen Streitkräfte zusammen und gratuliert ihnen zum bevorstehenden »Tag des Vaterlandsverteidigers«. Auf die Frage eines Kommandeurs, ob es nicht Zeit sei, die Aktivitäten der Oppositionäre zu unterbinden, antwortet Putin, dass die Existenz einer legalen Opposition in Russland notwendig sei, solange sie im Rahmen der Gesetze handelt.
22.02.2012	Präsident Dmitrij Medwedew begründet in einer Telefonkonferenz mit den Präsidenten des Iraks, Irans und Saudi Arabiens Russlands Veto gegen eine Syrienresolution im UN-Sicherheitsrat damit, dass eine äußere Einmischung in innenpolitische Prozesse unstatthaft sei.
23.02.2012	Ca. 100.000 Menschen nehmen an einer von der »Allrussischen Volksfront« organisierten Versammlung von Anhängern Wladimir Putins teil, die im Moskauer Sportstadion »Lushniki« unter dem Motto »Wir schützen das Land« stattfindet. Zu weiteren Versammlungen am »Tag des Verteidigers des Vaterlandes« mobilisieren die Parteien LDPR und KPRF.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts der Artikel aus OSTEUROPA 1/2012 »Davonschwimmende Felle. Autokratie und Aufbruch in Russland«

OSTEUROPA 1/2012 »Davonschwimmende Felle. Autokratie und Aufbruch in Russland« ist erschienen. Es hat 200 S., kostet 10,00 € und kann unter osteuropa@dgo-online.org bestellt werden. Das Inhaltsverzeichnis ist einsehbar unter www.osteuropa.dgo-online.org/issues/. Im Einzelnen enthält es folgende Beiträge zu Russland:

Aleksandr Kynev

Kontrollverlust, Manipulation, Protest

Die Dumawahlen 2011 in Russland

Die Macht der Kremlpartei *Einiges Russland* bröckelt. Bei den Dumawahlen im Dezember 2011 entzogen ihr so viele Wähler das Vertrauen, dass sie nur durch Manipulationen und offene Wahlfälschung ihre absolute Mehrheit in der Duma halten konnte. Gründe sind ein sozialstruktureller Wandel in Russland, ein Imageverlust des Führungsduos Putin–Medvedev, die Entkoppelung der Moskauer Führung von den regionalen Eliten und eine wachsende Proteststimmung im Land.

Benno Ennker

Russland in Bewegung

Die alte Ordnung und die neuen Dekabristen

Zur Überraschung vieler Beobachter haben Hunderttausende Menschen in Russland gegen die Fälschung der Dumawahlen demonstriert. Seitdem ist das »System Putin« unter Druck. Völlig unvorhersehbar war das nicht. Der Protest speist sich aus der Unzufriedenheit der wachsenden Mittelschicht über die Stagnation in Politik und Wirtschaft, die ausbleibende Modernisierung sowie über den Zynismus der Herrschenden, dessen Höhepunkt der angekündigte Rollentausch von Medvedev und Putin war. Die Techniken der »gelenkten Demokratie« verfangen nicht mehr. Doch die neue demokratische Bewegung braucht einen langen Atem.

Aleksej Naval'nyj, Boris Akunin

Das Jahr des Drachen

Heikle Fragen zur Zukunft Russlands

Zwei der profiliertesten Köpfe der neuen Opposition sind der Schriftsteller Boris Akunin und der Antikorruptionskämpfer Aleksej Naval'nyj. Sie diskutieren die Bedeutung des russischen Nationalismus im multinationalen Russland, analysieren die Perspektiven der erwachenden Zivilgesellschaft, diskutieren die Wahrscheinlichkeit von Repressionen und entwickeln ein Programm zur Renovierung Russlands. Am wichtigsten ist der Aufbau eines neuen Justizsystems. Das wäre grundlegend für jede weitere Reform.

Sergej Belanovskij et al.

Bewegung in Russland

Der Aufstieg der Mittelschicht und die politischen Folgen

Russland steht vor tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderungen. In den vergangenen zehn Jahren ist vor allem in den Großstädten eine breite Mittelschicht entstanden, die auf eine Modernisierung des Landes drängt. Da die weniger begüterten Schichten traditionellen Werten anhängen und von staatlicher Umverteilung abhängig sind, polarisiert sich die Gesellschaft zunehmend. Das gegenwärtige politische System ist diesem soziopolitischen Konflikt nicht mehr gewachsen. Es muss sich öffnen, oder es wird zusammenbrechen.

Christian Neef

Binsen nach Tula

Fehldiagnosen zur Russland-Berichterstattung

Moritz Gathmann und Stefan Scholl haben die Berichterstattung über Russland kritisiert. Journalisten seien auf Moskau fixiert und betrieben »Kremlastrologie alten Stils«. Wer über Russland angemessen berichten wolle, müsse in die Provinz. Die Vorwürfe sind unbegründet, die Forderung ist politisch naiv. Nicht subjektives Unvermögen der Kollegen ist das Problem. Vielmehr wirkt sich die Intransparenz der russischen Politik auf die Berichterstattung aus.

Larisa Maljukova

Pure Schwarzmalerei?

Russlands Kino um die Jahrtausendwende

Film hatte in der sowjetischen Kultur einen hohen Stellenwert. Mit dem Ende der Sowjetunion geriet das Kino in eine Krise. Das Publikumsinteresse schwand. Dennoch drehten viele Regisseure in den 1990er Jahren ihre besten Werke. Sie gaben Fragen und Selbstzweifeln der Gesellschaft Ausdruck. Zunehmend empfand das Publikum diese Filme jedoch als zu düster. Etwa seit dem Jahr 2000 stehen sich Publikumsfilm und Autorenfilm unvermittelt gegenüber. Arbeiten, die auf Festivals ausgezeichnet wurden, fanden keinen Verleih, die Kinosäle waren fest im Griff der Unterhaltung. Nun ist eine Wiedergeburt des russländischen Kinos zu beobachten. Eine neue Generation von Regisseuren wendet sich anderen Schauplätzen und Themen zu. Die »Schwarzmalerei« der 1990er Jahre ist für dieses Kino ein fruchtbarer Boden. Doch überleben wird es nur, wenn es neue Zuschauer anziehen kann.

Karlheinz Kasper

Leben in seiner absurden Erscheinungsform

Russische Literatur in Erst- und Neuübersetzungen 2011

Ist die russische Literatur im Ausland durch Übersetzungen noch ausgewogen repräsentiert? Diese Frage erörtern gegenwärtig die russischen Medien. In den deutschsprachigen Ländern wurden 2011 knapp dreißig Übertragungen schöngestiger Werke aus dem Russischen veröffentlicht, etwas weniger als in den vorangegangenen Jahren. Darunter sind jedoch bemerkenswerte neue Versionen von Texten der Moderne (Ivan Bunin, Evgenij Zamjatin, Vjačeslav Ivanov, Marina Cvetaeva, Daniil Charms) sowie Erstübersetzungen von großen Romanen und künstlerisch anspruchsvollen Erzählungen lebender Autoren (Michail Šiškin, Vladimir Makanin, Andrej Gelasimov, Denis Osokin, Dmitrij Dergačëv).

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de